

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6488
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungslite Fr. 3104

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 20000 Exemplaren.

Inhalt.

Zum fünften Kongress der Gewerkschaften Deutschlands in Köln a. Rh. — Die Verleibshandlung der Gewerkschaftsbewegung. — Die neuen Vorschriften für die bei der Dresdener Straßeneinigung beschäftigten Arbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Stadtparlamenten. — So bringt auch ein Streikbrecher es zu was! — Verbandszeit. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Anzeigen.

Zum fünften Kongress der Gewerkschaften Deutschlands in Köln a. Rh.

Der Kölner Gewerkschaftskongress hat in viel höherem Maße als einer seiner Vorgänger die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gelenkt. Das war natürlich zu erwarten; denn erstens wurden über eine Million organisierter Arbeiter repräsentiert und zweitens erregten die Kölner Verhandlungen das allgemeine Interesse in so hohem Maße, daß die Diskussionen darüber sobald nicht verstummen wird. Ein Versuch, auch nur die wesentlichen Präzedenzfälle über den Kongress zusammenzustellen, mußte angesichts unserer Platzverhältnisse scheitern; denn außer den über 50 sozialdemokratischen Tageszeitungen und über 60 Gewerkschaftsblättern würde auch die umfangreiche konservative, liberale und ultramontane Presse, einschließlich der Organe der „christlichen“, kirchlichen und sonstigen Gegengewerkschaften in Betracht gezogen werden müssen; denn von allen Seiten ist der Kongress eifrig glorifiziert worden. Gleichwohl werden wir uns bemühen, in unserer Verbandschrift die u. U. bedeutendsten Stimmen nach und nach wiederzugeben. Wir haben die sonderbarsten Urteile und Meinungen vernommen, die einander aufs schärfste widersprechen. Das ist kein Wunder, denn der Standpunkt der einzelnen Kritiker ist dabei ausschlaggebend.

Die bürgerliche, agrarische und ultramontane Presse (abgesehen von ganz wenigen Ausnahmen) versuchte entweder die Bedeutung der Kongressverhandlungen herabzusetzen oder im scharfmaden Weise zu übertreiben.

Da in diesen Fällen die ausgesprochenen Klagen gegen die Gewerkschaften keine besondere Anlaß vor sich über die gehässigen Ausfälle gegen die Arbeiterorganisationen aufzuregen. Aber auch die vielen Anzuspinnungen mancher sich extraradikal gebenden sozialdemokratischen Parteiorgane können uns nicht erschauern, denn die Gewerkschaftsbewegung ist gezwungen, eine gesunde Neutralität zu verfolgen. Tut sie dies nicht, dann wird sie eben zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sein. Man hat oft behauptet, daß die praktische Arbeit erzieherisch auf die Massen wirkt. Das ist richtig. Im Gewerkschaftsleben lernt der Arbeiter sehr schnell die realen Machtverhältnisse in unserem heutigen Gesellschaftsorganismus kennen. Der gewerkschaftlich

organisierte Arbeiter muß eben Gegenwartsinteressen stärker betonen, als phantastische Zukunftshoffnungen für spätere Geschlechter. Dies haben manche Theoretiker „Reinarbeit“, „Strämerium“ oder auch — was noch schrecklicher klingt — „Verfälschung“ genannt. Wir wollen natürlich nicht das allergeringste Wort gegen die für die Praxis so überaus notwendige Theorie gesagt haben und können, um bei dieser Gelegenheit das gleiche zu sagen, die abfällige Kritik des Kongressvorsitzenden über die Väteraten nicht unterschreiben. Leinwebers sagte zwar auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes, Bismarck habe nur den München-Bladbacher Klügel im Auge gehabt. Wenn dies der Fall wäre, hätten wir halt einen „falschen Jungenschlag“ mehr, aber wir müssen nun die Keuschheit nehmen, wie sie gefallen ist, ohne jede Gefälligkeitsinterpretation.

Daß sich nun manche „Theoretiker“, die die Arbeiter im „radikalen“ Sinne glauben beraten zu müssen, darob sehr erhoffen und in Dresdener Löhnen von bornierten Gewerkschaftsmitgliedern reden, nehmen wir als alte, ihnen lieb gewordene Verlogenheit hin. Zuerst lehrte in vielen sozialdemokratischen Kritiken der Reform wieder: die Hoffnung der Gegner ist zerschanden geworden, das Tischbuch zwischen Partei und Gewerkschaft ist nicht zerschritten worden. Wir nehmen an, daß kein einziger der Kölner Delegierten auch nur entfernt eine solche Schneiderlei beabsichtigt oder in seiner innersten Herzfalte daran geglaubt hat. Ebenfalls werden die Scharfmacher sich ernsthaft mit der Hoffnung auf den Ausbruch eines „Bruderkrieges“ unter den Arbeitern getragen haben. Die deutschen Gewerkschaften stützen sich naturgemäß bei politischen Aktionen auf die sozialdemokratische Partei. Im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung sollte aber das Pronunziieren parteipolitischer oder gar konfessioneller Bestrebungen, wie dies in Köln wieder einmal bedauerlicher Weise geschehen ist, auf Gewerkschaftskongressen überhaupt unterbleiben, weil dadurch die Organisationsarbeit eher gehindert als gefördert wird. Die Stuttgarter Schlussworte, wie auch die Kölner Eröffnungs- und Schlussworte werden gerade in den Gegenden am meisten gegen unsere Organisationen mit Erfolg ausgespielt, wo es hunderttausende von Arbeitern zu gewinnen gibt. Eher ist es wirklich nicht klug, religiöse Empfindungen in Köln ganz „in der stilligsten Weise“ zu verletzen. Was haben wir uns in den Gewerkschaften um das religiöse Bekenntnis unserer Mitglieder zu kümmern? Mit welchem Rechte darf ein an der Spitze der gewerkschaftlichen Organisationen (die fast alle statutengemäß religiöse Verbände ausgeschlossen haben) stehender Mann tausende von Mitgliedern, und vor allen Dingen auch solche, die es werden sollen, mit religiösen oder antireligiösen Tiraden vor den Kopf stoßen? Wir haben in Deutschland danach zu trachten, die gesamte Arbeiterschaft unter einen gewerkschaftlichen Hut zu bringen, denn wir erleben es doch, daß die kapitalistischen und reaktionären Widerstände sich eher verstärken, als daß sie abflauen. Die Organisationsarbeit ist die mühevollste, die man sich denken kann, und dazu bedürfen die Gewerkschaften allerdings der Hilfe. Das ist ganz richtig auf dem Kongress gesagt, aber von einigen Doltären wieder ganz falsch verstanden worden. Mit hohlem Brausengebrüll erörtern die Arbeiter nicht einen Pfennig Zulage, nicht eine

Minute Arbeitszeitverkürzung, von der Bergesellschaftung der Produktionsmittel ganz zu schweigen! Große, in sich gefestigte Organisationen mit großen Massenbeständen, die pro Kopf der Mitglieder nicht nur wenige Groschen betragen, sondern eine beträchtliche Summe ausmachen, das sind in erster Linie Machtmittel! Was die Arbeiterschaft braucht, ist politischer Einfluß, und der kann außer einer starken Parteibewegung nur durch solche Organisationen gesichert werden, wie wir sie bezeichneten. Die Zersplitterung der Arbeiter in verschiedene gewerkschaftliche Richtungen, die von unseren Gegnern ohnehin schon eifrig betrieben wird, dürfen wir nicht noch fördern helfen, indem wir die gesamte Gewerkschaftsbewegung für eine bestimmte Partei oder Konfession reklamieren. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird ihre eigene Entwicklung nehmen und alle Furcht, daß sie in tatenlosem Laissez-faire verfallen werde, ist höchst überflüssig. Der sozialistische Geist ist neben einer gesunden Praxis so stark entwickelt, daß sich dieser heilsame Einfluß selbst auf die christlichen Organisationen bemerkbar macht, wie dies schon die preussischen Herrenhäuser lebhaft bezeugen.

Man wird sich daran gewöhnen müssen, daß die Gewerkschaften zu den Fragen, die sie lebhaft mit berühren, Stellung nehmen. Maifeier und Generalstreik sind nicht ausschließlich Gebiete der parteipolitischen Betätigung. Es ist einfach ein Nonsense, von einer außerhalb der Gewerkschaften liegenden Stelle die Organisationen auf die Arbeitsruhe am 1. Mai verpflichten zu wollen. Für unsere eigene Organisation kommt die Arbeitsruhe am 1. Mai, wenn es nicht gerade ein Sonntag ist, wegen der Beschaffenheit der öffentlichen Betriebe ohnehin nicht in Frage. Aber davon ganz abgesehen, sehen wir zurzeit nicht die Möglichkeit der Durchführung der demonstrativen allgemeinen Arbeitsruhe. Wenn in einigen Großstädten auch ganz respectable Demonstrationen zustande kommen, so wollen die nicht viel besagen gegenüber Millionen von Arbeitern, denen die Anteilnahme einfach nicht möglich ist. Hier sollten die Gewerkschaften erst einmal selbst auf ihren Verbandstagen entscheiden. Ja, aber die Beschlüsse der internationalen Kongresse, hören wir rufen! Nun, die werden im Auslande noch viel weniger beachtet wie bei uns, und wenn andere Nationen sich nicht an sie halten, wieso besteht dann für uns Deutsche die Verpflichtung, uns als gebunden anzusehen? Die Debatten über den Generalstreik haben die Gemüter in hohem Grade erhit. Die Ursache liegt nicht etwa darin, daß hohlstöpsige Heißsporne das Feuer kräftig angeblasen haben, sondern sie liegt in unseren gegenwärtigen deutschen Zeitverhältnissen.

Großkapitalistische Ausbeutung, großagrarische Volksausfugung und russische Anwesenwillkür feiern ihre wüsten Drogen. Der unerfährlichen Raubgier eines tollgewordenen Verrentums gegenüber sind selbstverständlich außerordentliche Maßnahmen am Platze, und daß der Gewerkschaftskongress sich mit diesen Dingen befaßt, läßt erkennen, wie unerträglich die Zustände schon geworden sind. Aber gerade die Debatte über den Generalstreik zeigte wieder recht deutlich die realen Machtverhältnisse; und jeder Arbeiter muß durch sie mehr denn je von der Notwendigkeit andauernder und opferfreudiger Organisationsstätigkeit überzeugt sein.

Den Leitern der Organisationen erwächst aus dieser Situation die um so höhere Pflicht, alle Hindernisse, die einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung noch im Wege stehen, beseitigen zu helfen, nicht aber das Trennende noch härter zu betonen.

Nachdem wir bereits in Nr. 12 unserer Zeitschrift die Kongressbeschlüsse wiedergegeben haben, bringen wir nunmehr einen Auszug aus den Preßstimmen:

*) Wie der gute Wille und das Können mitunter kollidieren, möchten wir an einem Beispiel zeigen. Die „Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung“ schreibt: „Wir stehen persönlich in der Maifeierfrage — obgleich sie für unsere Organisation auf absehbare Zeit nicht in Betracht kommen wird — auf dem Standpunkt Glödes, würden bei einer Abstimmung auch für seine Resolution gestimmt haben —“ Die Resolution Glödes forderte befallentlich von den Gewerkschaften, „mehr als bisher für die strikte Durchführung der Arbeitsruhe Sorge zu tragen“. Nun sind wir doch der Meinung, daß für das Votum eines Gewerkschaftsvertreters bei so wichtigen Abstimmungen die persönliche Meinung allein nicht ausschlaggebend sein darf, sondern die wirtschaftlichen, gewerblichen und beruflichen Verhältnisse.

Vorwärts: Die Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften sind zweifellos vorhanden. Das muß ausgesprochen werden, um jeder Selbsttäuschung aus dem Wege zu gehen. Aber das Gefühl der Gemeinsamkeit besitzt bei alledem solches Maß, daß man dem offenen Kampfe, dem Bruderkrieg gern aus dem Wege ging. Und ein wirklicher Verstoß auf Abschaffung der Arbeitsruhe hätte einen solchen herbeigeführt. Zu weissen Gunsten dieser Kampf ausgefallen wäre, ist nicht voranzufehen. Ganz sicher war der Sieg der Arbeitsruhegegner nicht. Der Miß zwischen Partei und Gewerkschaften zieht sich nicht auf der Grenze zwischen beiden hin. Er schneidet einen nicht unerheblichen Teil der Gewerkschaftler selbst von ihren übrigen Mitkämpfern ab.

Hamburger Echo: Es ist ja eigentlich ganz selbstverständlich, daß die Wege einer den politischen Kampf zur Erreichung eines bestimmten Zieles führenden Partei als Vertreterin der gesamten Arbeiterklasse zureiten anders laufen müssen, als die der Gewerkschaften, zu deren Aufgaben es vornehmlich gehört, die ökonomische Verbesserung des Proletariats und speziell wieder innerhalb desselben der Angehörigen eines bestimmten Berufs zu fördern, innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung, an deren Umwandlung die Sozialdemokratie arbeitet. Wenn nun aber, wie es glücklicherweise bei der deutschen Gewerkschaftsbewegung bisher der Fall ist, die Arbeit in den und für die Gewerkschaften immer unter dem Gesichtspunkte getrieben wird, daß der Erfolg wirklicher Verbesserung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsform das Streben nach grundsätzlicher Veränderung derselben und Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaft nicht hindern, sondern nur fördern darf, so werden bei allen wichtigen Etappen die verschiedenen Wege sich doch immer wieder treffen. Daß der Kern der Gewerkschaften aus Sozialdemokraten besteht, bürgt dafür, daß diese Organisation nicht in den fatalen Laissez-faire des angelsächsischen Trades-Unionismus verfallen werden, der sich mit dem Kapitalismus als endgültig gegebene abfindet, keinerlei höheres, revolutionäres Streben kennt und dessen vornehmliche Aspirationen dahin gehen, einen Teil der Arbeiter in den „Mittelstand“ zu erheben, der darum über Streiks und kleine Lohnerhöhungen und Ähnliches nicht hinauskommt. So lange bewußte Sozialisten in den deutschen Gewerkschaften das ausschlaggebende Element sind, so lange wird ein Zurückfallen in den zünftlerischen und selbstmüßigen Dünkel nicht zu befürchten sein. Aber nötig ist es, durch theoretische Ausbildung die Massen zu heben, damit sie über den Tageskampf um relativ kleinen hinweggehen können nach dem großen Ziel. Bei dieser Gelegenheit sei es gesagt, daß in dieser Beziehung mehr getan werden muß, als in den letzten Jahren geschehen ist, und daß, wie in der Arbeiterbewegung die Phäse der Gleichgültigkeit gegen die Gewerkschaften überwunden ist, auch in den Gewerkschaften selbst die Neigung zur Ueber-Neutralität eingebremst werden muß, daß nicht die verärgelnden und lähmenden Dohnworte über die unfruchtbaren Theoretiker und die düstlerhafte Lobpreisung der alleinseligmachenden praktischen Arbeit einreisen dürfen.

Bremer Bürgerzeitung: Auf keinem seiner Vorgänger sind solche zünftlerischen und parteifeindlichen Neuschmungen gefallen; er hat deutlich gezeigt, daß ein tiefergehender Gegensatz zwischen den beiden Seiten der deutschen Arbeiterbewegung besteht, darüber täuschen die Versicherungen von der Einheit am Anfang und am Schluß des Kongresses nicht hinweg. Wie kann ein Arbeitervertreter so banal reden wie Leimpters, als er sagte: „Die Beschlüsse des internationalen Kongresses binden uns nicht. Die Chinesen und Votokaten können nicht bestimmen, was wir ausführen sollen.“ So kam nur die träge Unwissenheit oder ein Gegner des internationalen kommunistischen Befreiungsgedankens sprechen. Und das beklagt sich noch, wenn auf den sozialdemokratischen Parteitag die Denkungsart scharf verurteilt wird. Gegensätzliche Meinungen werden nicht nur in den Gewerkschaften stets gegen die Partei laut werden, sie werden hoffentlich auch nie in der Partei selbst verschwinden; sie geben Kunde von der geistigen Regsamkeit und von vielen Ungleichartigkeiten, die in der Natur der Dinge und der Personen liegen. Wenn aber absichtlich herabsetzende und höhrende Äußerungen fallen, dann sind das Zeichen tiefgehender Gegensätze, die man ja nicht verdrängen sollte.

Brandenburger Zeitung: Böhmelsburgs Reserat verriet ein Abscheuvolles von jeder Theorie, von der der Klassenbewußten Arbeiterschaft so notwendigen und ihr seit den „Literaten“ Marx und Engels so förderlich gewesenen theoretischen Vertiefung. Das einfach ersärend wirkende könnte. Da muß mit allem Nachdruck ausgerufen werden: Wennt Euch darauf, was die moderne Arbeiterbewegung groß gemacht hat! Es hat nicht nur, daß in ihr die Masse der „Idiotischen Dumie“ zusammenkam, es war auch das, daß sie ruhte auf dem Festgrunde eines proletarischen Gedankenbaues sondergleichen. Würde, was wir freilich nicht befürchten, auf dem Wege dieser Theorieberatung fortgeschritten, dann würden diese deutschen Gewerkschaftler dort endigen, wo die englischen Trades Unions jetzt sind und die deutschen Arbeiter könnten politisch noch mal von vorn anfangen, oder aber — hätten politisch und damit auch, dessen sind wir sicher, gewerkschaftlich im Sinne Klassenkampfes der Auffassung ausgehellt.

Preussener Volkswacht: Ueber die grauen Zukunftsaussichten hilft man sich mit der Phrasen, im entscheidenden Augenblick werden

erkschaften
den, um
is Gefühl
man dem
Und ein
te einen
usgefallen
e Arbeits-
rkchaften
smeidet
von ihren

lich, daß
eines be-
nten Ar-
Gewerks-
onomische
halb des-
n, inner-
ding die
id.weise
ist, die
Gesichts-
ung im-
t grund-
sozial-
darf, so
sich doch
sten aus
ionismus
ültig ge-
eint und
Arbeiter
und kleine
lange be-
msidlag-
n. Aber
eben, da-
n können
t, daß in
n Jahren
habe der
and in
ität ein-
stehenden
mittelhafte
einreichen

er sind
allen; er
ben den
darüber
und am
vertreter
üsse des
ien und
n. So-
ationalen
behaft
n diese
einungen
ei laut
bit ver-
und von
und der
öhnende
genfüge,

ein Ab-
Arbeiter-
Engels
ach er-
erufen
neigung
ie der
e ruhle
sonder-
n Wege
entficht
us jetzt
en von
en sind
ffassung
sichtigen
werden

die Arbeiter wissen, was sie tun sollen, und sie werden siegen. Sonderbar, heute werden aus ihrem Ungehör und ihrer Unerschaffenheit Strafwälle entstehen beim kleinsten Generalstreik, heute müssen wir uns vor der Anwendung desselben, wie vor seiner Propagierung fürchten, kommt aber einmal der große Raub, dann sind sie alle erleuchtet, und jeder weiß, wie er sich zu wehren hat. Das nennen wir eine Vogelstrauchpolitik, verbunden mit Selbsttäuschung, die viel gefährlicher ist als selbst unwürdige Generalstreikpropaganda.

Mannheimer Volkstimme: Die Gewerkschaften sind durch ihre fortwährende praktische Meinarbeit abgestumpft für die Wirkungen demonstrativer Kundgebungen, sie sehen in der Meißer nur eine willkürlich herbeigeführte Konfliktgefahr, die ihren Kräfte gefährlich werden kann. Das ist falsch, wie es überhaupt falsch ist, bei so mächtigen Kulturbewegungen das System der Rechenmaschine allzusehr in den Vordergrund treten zu lassen.

Leipziger Volkszeitung: Das Referat, mit dem Genosse Bömelburg seine Resolution begründete, stand rein rhetorisch — soweit man aus den papiernen Stimmungsberichten darüber ein Urteil fällen kann — z. B. efflos an der Spitze aller bisherigen rednerischen Leistungen des Kongresses, um so tiefer stand es inhaltlich. Ja, man kann sagen, daß mit ihm der Tiefstand der Debatte erreicht wurde. Dieser Umstand ist nicht zufällig. Eine „schöne“ Rede muß immer einen gehörigen Schwung, Dynamik und Oberflächlichkeit haben, sonst ist sie eben nicht „schön“ und stellt zu große Anforderungen an die Hörer. Marx hatte bekanntlich eine instinktive Abneigung gegen „schöne“ Redner, und die „schönen“ Redner rebandieren sich im allgemeinen dafür durch eine instinktive Abneigung gegen Marx. — Durch überagende Reuzigkeit schafft man die Gefahren nicht aus der Welt, und die Äder des politischen Massenrechts wird nicht dadurch beseitigt, daß man ihr den Rücken wehnt und unwillig über sie einige unerschöpfliche Plätze vor sich hinmurmelt. Die Staatsmänner der großen französischen Revolution verstanden sich auf revolutionäre Taktik und sie bebten nicht vor dem Gedanken zurück, das Vaterland in Gefahr zu bringen, um eben dadurch das Vaterland zu retten. — Aus einer immerhin nicht ganz geringen Zahl von Reden sprach ein Geist, der viel mehr von den Schattens- als von den Lichtseiten der gewerkschaftlichen Bewegung verriet und der, wenn er in ihr je das Ubergewicht erlangte, wie er es glücklicherweise noch nicht hat, dem Unversöhnungskampfe des deutschen Proletariats schwere Hindernisse bereiten könnte.

Sächsische Arbeiterzeitung. Nicht, daß wir Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden Seiten der Arbeiterbewegung für eine schreckliche Erscheinung hielten, die den Sinn der Partei und die Entwicklung einer „neutralen“, „unpolitischen“ Gewerkschaftsbewegung mit sich bringen möchte, wie die Ökonomen träumen. Die deutschen Arbeiter sind fern von dem Gedanken, daß diese Ränne nicht in den Himmel wachsen. Die Notwendigkeit der politischen Betätigung wird den Gewerkschaftlern durch Polizei und Justiz und Parlament alle Tage so sehr eingebläut, daß die Führer nicht einmal so gute Sozialdemokraten zu sein brauchen, wie sie es sind, um den Gedanken einer Trennung von der politischen Bewegung, überhaupt nicht aufkommen zu lassen. Wir sind daher weit davon entfernt, die Beschlüsse von Köln zu den Fragen der Arbeitervertretung, des Generalstreiks und die Meißerdebate traurig zu nehmen in dem Sinne, daß wir eine Spaltung des Proletariats befürchteten. Aber daß das Verhältnis der beiden Seiten der proletarischen Emanzipationsbewegung nicht verbessert wird durch die Verhandlungen des Kongresses, daß sie die Schaffung größerer Reichhaltigkeiten bedeuten, das steht fest. Und das liegt nicht im Interesse der Partei noch der Gewerkschaftsbewegung.

Die starke Gewerkschaftsbewegung ist des deutschen Arbeiters Stolz und Stütze. Und sofern der Kongreß die Kundgebung dieser Macht der Arbeiterklasse ist, haben wir ihn mit freudiger Genehmigung. Unsere Pflicht aber ist auch, zu sagen, wo er nicht genügt. Und wir können das um so ruhiger, als die Arbeiterbewegung tatsächlich so gesund ist, daß sie auch ihre eigenen Fehler überwinden kann.

Korrespondenzblatt: Die politische Tagespresse aller Parteien findet vieles an den Verhandlungen und ihren Ergebnissen auszusagen. Von der bürgerlichen Presse war ohne weiteres zu erwarten, daß sie von demselben um so weniger beunruhigt sein würde, je nähergering sich deren Verlauf und Erfolg für die Arbeiterbewegung gestalten. Deshalb schlugen wir ihre Auslassungen auch keineswegs allzu hoch an. Daß aber zahlreiche sozialdemokratische Arbeiterblätter ihrer Unzufriedenheit über den Mangel des Kongresses Ausdruck gaben, ist uns lediglich Beweis dafür, wie sehr diese Organe sich darin gewöhnt haben, alle großen, gemeinsamen Fragen der Arbeiterbewegung einzig vom parteipolitischen Standpunkte aus zu beurteilen und die Stimmungen und Bedürfnisse der Gewerkschaften dabei zu ignorieren. Man hätte aber der kleineren Gewerkschaftstongresse ganz eine Reihe von Punkten zu entnehmen, die ebenso sehr die gewerkschaftliche als die politische Aktion betreffen und die teils in der Propaganda, teils in der Praxis erhebliche Meinungsverschiedenheiten hervorzubringen. Bei allem Bedauern, die Empfindungen der politischen Mitarbeiter nicht zu verlesen, liegen sich doch Auseinandersetzungen nicht vermeiden, die

trotz aller Sachlichkeit unangenehm berühren. Das war vorauszu- sehen, und wenn jetzt über die Beschlüsse des Kongresses das Für und Wider in der Tagespresse lebhaft umstritten wird, so ist dies uns ein Beweis dafür, wie notwendig diese Aussprachen und Entschlüsse des Gewerkschaftstongresses waren. Ein Teil der Presse nimmt besonders an einzelnen Nebenwendungen aus den Referaten und Debatten starken Anstoß und übt sich in spaltenlangen Zurückweisungen derselben. Wenn wir ihnen das heilige Recht der freien Kritik auch keineswegs schmälern wollen, — in diesen schwarzen Verdacht werden wir kaum kommen, — so tun sie dem Kongreß als Ganzes doch Unrecht, ihn lediglich nach solchen Nebenwendungen und Entgegnungen einzelner Redner zu beurteilen, da der Geist des Kongresses in allen Verhandlungsfragen ein durchaus einigender und einheitlicher war. Gewiß wäre Bömelburgs Wort von den Alternativen, die sich hinsehen und schreiben und schreiben — besser unterblieben, in seiner Verallgemeinerung mußte es geradezu mißverstanden werden, und es hat Hebrun in Bewegung gesetzt, die zu treffen dem Redner jedenfalls völlig fernlag, — auch die Ueber-treibungen eines Redners aus der Meißerdebate findet keineswegs die Billigung der überwiegenden Gewerkschaftskreise. Aber das waren Nebensächlichkeiten, die von den Verhandlungen abblenden; nur Vereingommenheit vermag sie dem Kongreß gewissermaßen als Stempel aufzudrücken. Und manche Schärfe in der Debatte wäre vielleicht unterblieben, wenn auch von der anderen Seite immer die gleiche Zurückhaltung gegenüber den Empfindungen gewerkschaftlicher Kreise beobachtet worden wäre. Selbst in den dem Kongreß übermittelten Zeitungen und Zeitschriften waren Artikel mit Nebenwendungen zu lesen, die nicht versöhnlich wirkten, sondern eine wohlbedachte aufreizende Wirkung ausübten. Solches trägt natürlich nicht zur größeren Sachlichkeit der Debatten bei. Auch darf hierbei daran erinnert werden, daß auf dem letztjährigen Bremer Parteitag eine Reihe von Äußerungen seitens offizieller Parteiredner gegen die Gewerkschaften fielen, die auf manche Debatten des Kongresses, besonders auf die Meißerdebate, nicht ganz einflußlos geblieben sein mögen. Um so höher ist es anzuschlagen, daß seitens der Referenten des Gewerkschaftstongresses im allgemeinen alles vermieden wurde, was geeignet gewesen wäre, den Auseinandersetzungen eine unnötige Schärfe zu geben. Wer sich also über den Ton beklagt, der auf dem Kongreß gegen Beschlüsse und Einrichtungen der Partei angeschlagen sei, der findet reichlich Gelegenheit, zunächst in eigenen Kreisen erzieherisch zu wirken. Aber aber die Bedeutung der Kongreßdebatten über die strittigen Fragen richtig zu würdigen versteht, der wird uns zugestehen, daß in Köln im allgemeinen nicht mehr gesagt worden ist, als gefragt werden mußte, und daß die kühnen, leidenschaftlichen Redatten von Gewerkschaftlern sich nicht zu ihrem Nachteil von den temperamentvollen Auseinandersetzungen auf den Parteitag unter-scheiden.

Der **Bereinsanzeiger** (Maler), der im übrigen mit dem Kongreß einverstanden ist, hat nur Ausstellungen an der Behandlung der Meißer zu machen. Er vermisst die nötige Mitarbeit durch eine selbständige Entscheidung des Gewerkschaftstongresses.

„Es hätte ausgesprochen werden müssen, daß in einer solchen Frage nicht die Partei allein zu entscheiden habe, vielmehr auch die Gewerkschaften mitzusprechen verlangen müßten.“

Wweife (Porzellanarbeiter): Dürft man sich an die Beschlüsse halten, so muß man vor allem Tin an die Wahrnehmung machen, daß hinsichtlich einiger Hauptfragen der Kongreß über die Gesamtheit nicht hinausgekommen ist. Wohl kann man die entchiedene Stellungnahme des Kongresses für Arbeiterkammern nur begrüßen, aber die Ergebnisse der Debatten über den Generalstreik und die Meißer schaffen durchaus keine Klarheit. Hierzu kommt noch eins. Gleich zum Beginn des Kongresses glaubte man Veranlassung zu haben, jede Möglichkeit, mit der Partei in Differenzen kommen zu können, als nicht gegeben anzunehmen. Und doch bestimmte das Bewußtsein, daß diese Möglichkeit vorhanden ist, die Haltung der Delegierten in mehr wie einer Frage, bestimmt aber in der, die die Meißer betraf. Es sind Beschlüsse gefaßt worden, die gegenfährlich den Ansichten in der Partei sind. Die Erklärungen für Arbeiterkammer und gegen den politischen Massenstreik müssen dazu gerechnet werden. Es ist bezeichnend für einige Delegierte gewesen, daß sie meinten, durch die weitere Ausbreitung der Gewerkschaften müßten sie vorsichtiger, ruhiger werden und unwillkürlicher handeln. Das kommt der Partei vor der eigenen Macht gleich. Die Angst, die zu Konzeptionen drängt. Und leider nehmen die Konzeptionen schon heute einen großen Raum bei uns ein. Nicht nur in der Gewerkschaft allein, sondern auch in der Partei. Aus dem Grunde also werden sich beide auch nicht entzweien können.

Der **„Zimmerer“** sagt zu der Resolution über den Generalstreik: Es leuchtet ein, die Resolution regelt die Materie nicht erschöpfend. Aber eventuelle gewerkschaftliche Generalstreiks enthält sie nicht, obwohl solche keineswegs in das Reich der Unmöglichkeit gehören, ja jählicher sich bemerkbar machen können als wir denken. Sie handelt auch nicht von solchen Streiks, die sich von einem Gewerkschaftskammern zu einem politischen Streik auszuwickeln können. Bei zu Generalstreiks als bewußtes politisches Aktionsmittel wird in der Resolution Stellung genommen. Einen Fehler vermögen

wir darin nicht zu erblicken. Die ganze Materie bedarf noch dringend der wissenschaftlichen Klärung, die ein Monarch nicht leisten kann, die abgeschlossen sein muß, wenn er dazu Stellung nehmen soll. Die Stellungnahme zu politischen Generalfreistricen im Sinne der Resolution war indessen nicht mehr zu machen, weil für den politischen Generalfreistric fortgesetzt Propaganda gemacht wird, noch ehe er von einer maßgebenden Junfung der Arbeiterbewegung als brauchbares Aktionsmaterial anerkannt ist. Und das Schädliche dieser Propaganda besteht darin, daß man sie in die Gewerkschaften zu tragen versucht und dadurch die Gewerkschaftsbewegung tatsächlich stört.

In die knappe Behandlung der übrigen Verhandlungsgegenstände knüpft der „Zimmerer“ dann noch einige Schlußbetrachtungen über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, aus denen einige Sätze wiedergegeben seien:

Wir stützen uns nicht nur auf die Kongreßverhandlungen und den Schlußeffekt, sondern haben jene Entwicklung vor Augen, die seit etwa anderthalb Jahrzehnten durchgemacht worden ist. Zunächst das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, dann die schüchternen Versuche, sozialpolitische Forderungen zu formulieren und durch Gewerkschaftskongresse dafür zu demonstrieren, die Forderungen zum weiteren Verfolg der sozialdemokratischen Partei überlassend. Jetzt ist der Gewerkschaftskongreß einen Schritt weitergegangen, hat eine Stellung eingenommen, welche die Taktik der Sozialdemokratie zunächst vielleicht nur beeinflusst, aber sie bietet auch die Perspektive, daß in Zukunft gewerkschaftliche Ideen die Taktik der Sozialdemokratie bestimmen können. Freilich, gewerkschaftliche Ideen, die vom sozialdemokratischen Geiste erfüllt sind. Es handelt sich hier um eine Entwicklung, wie sie kautschuk in seinem Artikel „Gewerkschaft und Massenkampf“ lange vorausgesagt hat. Womit wir natürlich nicht behaupten wollen, daß sie ganz genau dem Sinn und den Wünschen kautschuks entspräche. Diese Entwicklung mag vielleicht nur wenige Parteimänner, möglichenfalls auch gar keinen befriedigen. Sie ist von den Gewerkschaftskongressen nicht beabsichtigt, mander von ihnen erblickt vielleicht, wenn ihm diese Entwicklung zum Bewußtsein kommt; allein wir sind der Meinung, diese Entwicklung ist im Fluß, sie hat sich zum guten Teil schon vollzogen.

Der **Tabalarbeiter** erklärt, daß der Kongreß nicht auf der Höhe der Zeit gehandelt habe, und schreibt dann:

Wände der Führer Ideen zu glauben, das, was nicht nach ihrem Geschmack in der politischen Arbeiterbewegung ist, durch ihren Einfluß in den Gewerkschaften anders gestalten, d. h. die Gewerkschaften bewegen zu können, auf die politische Arbeiterpartei einen Druck in ihrem Sinne auszuüben. Das ist mindestens sehr kurzfristig vom politischen Standpunkt aus, es zeigt aber auch, daß sie die Grenzen zwischen der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung nicht kennen. Sozialpolitische Forderungen gehören — wenn sie auch in den Gewerkschaften ihren Sitzpunkt finden — zu dem aktuellen Gebiete parlamentarischer Wirksamkeit und parlamentarischer Tätigkeiten der politischen Partei.

Die Gewerkschaften führen den Kampf gegen das **Unternehmertum** direkt und indirekt von diesem für die Arbeiter so viel als möglich an Zugeständnissen zu erlangen. Die politische Arbeiterpartei unterstützt diese Forderungen und sucht ihrerseits auf indirektem Wege, durch die Gesetzgebung, für die Arbeiter ebenfalls so viel als möglich zu erlangen. Ueber diese ihre politisch-parlamentarische Tätigkeit befindet die Partei mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeiter. Erheben bei der Entfaltung über das Vorgehen Differenzen, dann gilt der demokratische Grundsatz: Die Mehrheit entscheidet. Die Minderheit hat selbstverständlich das Recht, durch Erläuterung ihrer Ansichten eine Mehrheit für diese zu erlangen zu suchen. Aber es ist ein verkehrter Weg, die Gewerkschaften als Vorposten für ihre Absichten zu benutzen, wenn sie in der Partei eben Minderheit bleibt. So steht nämlich die Sache bezüglich mancher Frage, so auch der der Arbeiterkammern. Die gewerkschaftlichen Führer, die in der Partei mit ihrem Arbeiterkammerprojekt in der Minderheit blieben, setzen nun die Gewerkschaften dafür in Bewegung. Der Kongreßbeschluss darüber ist ein Kompromiß und für die Partei durchaus nicht bindend, die jedoch alles tun wird, um die Frage noch weiter zu klären, denn auf dem Gewerkschaftskongreß ist die Klärung nicht eingetreten.

Ähnlich steht die Sache bezüglich der **Reisfeier**. Nur kommt hier hauptsächlich der Aramertandpunkt der für die Massen besorgten Gewerkschaftskongresse in Betracht, der auf dem Kongreß einzelne Redner zu Anmerkungen trieb, die ebenso gut Dividendenänderung oder ähnliches Sozialgehalte haben könnten. Der Ausgang der Beratung über die Reisfeier ist eine Klage für den Kongreß, die wir im Voraus kommen haben. Drängen einzelne Führer die Gewerkschaften in Gegenwart zur Partei, muß es zu einer Zerstückelung der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung kommen, ähnlich wie in den Märschen 1868 bis 1872. Es war überflüssig und schädlich, der Reisfeier einen Stolz zu verleihen, wie es bezeugt auf dem Kongreß gezeichnet ist; aber wir bedauern es nicht, daß es so gekommen, weil verschiedene Gegner der Reisfeier die Märsche lauten mußten.

Die Frage des politischen Massenstreiks bezeichnet das Blatt als ungenügend erörtert.

Die **Sattler-Zeitung** fügt ihrem Referat über die Verhandlungen eine Schlußbetrachtung an, aus der folgendes hervorgehoben sei:

Was dem Kongreß die Bedeutung verlieh, war die Behandlung der wichtigsten Punkte: Gewerkschaften und Genossenschaften, Generalfreistric, Reisefeier und: ob Arbeits- oder Arbeiterkammern? Besonders die Erörterung der letzteren Materie legt Zeugnis ab von der Schulung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft. Das Herankommen an solche Fragen und das Diskutieren derselben kennzeichnet den Stand der Gewerkschaftsbewegung. Aber als recht unverständlich will es uns erscheinen, wenn man das Resultat der Abstimmung als eine prinzipielle Gegenerklärung gegen die Partei auslegen will, wie man es in einigen Parteiblättern versucht hat. Wir sind selbst mit der Abstimmung nicht zufrieden, aber es kann uns im Traum nicht einfallen, die Majorität als im Gegenteil zur Partei befindlich zu erklären. Wohl ist dieser Beschluß den Forderungen der Fraktion entgegen, daraus aber Gegenläufe zu sein, die in der Tat nicht vorhanden sind, ist geradezu lächerlich.

Desgleichen versteht man nicht die Haltung einzelner Blätter in Bezug auf die Behandlung der Reisefeierfrage. Dasselbe wird geradezu als ein Mißverständnis hingestellt, an dem die Gewerkschaften nicht rütteln dürfen, und doch sind die Gewerkschaften der Teil, mit dem die Reisefeier steht und fällt, nebenbei bemerkt auch derjenige Teil, der allem die Opfer aufzubringen hat. In dieser Hinsicht kann man die Behandlung dieser Frage auf dem Kongreß nur begrüßen. Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bei Beratung solcher Materien gehört sein wollen. Man kann über das Resultat der Behandlung verschiedener Meinungen sein, offen gesagt, wir sind nicht ganz befriedigt. Aber war dieser Gegenstand geeignet, eine Differenz zwischen Partei und Gewerkschaften herbeizuführen? Auf den ersten Anblick, ja. Aber wer ist denn die Partei? Wer ist die vornehmliche Stütze der Partei und wem beruht die Kraft der Partei?

Wir plaudern nur ein offenes Geheimnis aus, wenn wir sagen, daß die Gewerkschaften das Fundament bilden, auf dem die politische Partei, die Sozialdemokratie, ihr solches Gebäude errichtet hat. Ein jeder Strich ist überflüssig, denn diese Meinungsverschiedenheiten, die schließlich als Differenzpunkte zwischen der Partei und den Gewerkschaften konstatiert werden, sind im Grunde Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei selbst, die, sobald sie auf politische Maßnahmen zurückzuführen sind, mit dem bösen Namen Revisionismus bezeichnet werden, und wenn unter denselben Leuten, derselben Verhältnissen Differenzen obiger Art aufstehen, glaubt man eine Strömung in den Gewerkschaften zu sehen, die sich gegen die Partei richtet. In Wahrheit ist es die Evolution im eigenen Körper, der Trug nicht allein nach politischer Selbstständigkeit, sondern auch nach wirtschaftlicher, das ist das Triebrad dieser neuen Erscheinung. Ein Volk kann politisch reif sein, ist es aber wirtschaftlich geschwächt, so wird es nie seine politische Reife voll entwickeln können. Das sind die Zeichen, die sich immer mehr innerhalb unseres Parteikörpers zeigen, die aber an dem Gesamtcharakter der Partei nichts ändern werden. In das Reich der Fabeln gehören diese Prophezeiungen, die unseren Gewerkschaften die Entwicklung der englischen Gewerkschaften anheften wollen. Das sind schlechte Memer des Gewerkschaftslebens.

Der **Organisator**: Zum Schluß noch eine Bemerkung. In und nach Stuttgart war viel die Rede von dem „roten Ind“; hier in sol'n schickte dasselbe äußerlich als Deforation ganz, und es ging auch so! Wir hatten es deshalb um mündeln auch für unnötig, daß der Vorliegende, Genosse Vömelburg, in seiner Schlußrede so gewaltig das „rote Ind“ schwang. Das klingt ja alles recht schön, verpflichtet aber die Gewerkschaften zu nichts; denn auch der Fortwährende eines solchen Monarches hat u. e. nicht das Recht, so ohne weiteres alle ange-schlossenen Organisationen für irgend eine politische Partei in Anspruch zu nehmen. Wenn wir als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter auf der einen Seite von der Regierung verlangen, daß sie unseren Verhandlungen, unseren Wünschen Rechnung tragen soll, so haben wir andererseits aber auch die Verpflichtung, nicht direkt provozierend aufzutreten. Und eine Revolution waren die Ausführungen Vömelburgs, noch dazu eine solche, die sich ohne Schaden für die Gewerkschaftsbewegung und auch ohne Schaden für die politische Organisation der Arbeiter sehr wohl hätte vermeiden lassen. Es wird sich vielleicht noch einmal die Gelegenheit finden, auf diese Dinge näher einzugehen.

Die **Hilfe**: Die Verfassung, der wir im Gürtel, dem alten Arbeiter Zuschnitt, bewohnen, gehörte ein von den sozialdemokratischen Parteitagern grundverändertes Bild. Es wurde sachlicher und mit einem erfindlichen Verzicht auf Schlagworte verhandelt. Sagte man sich auch hier und da mit gesunder Zerkheit die Meinung, so schickte doch jene Verfassung, die selbst den Bremer Parteitag der Sozialdemokratie beherrschte hat. Von der inneren Arbeit, welche für die gegenwärtigen Parteiverhältnisse der Sozialdemokratie bezeichnend ist, war auf dem Kongreß der Gewerkschaften gar nichts zu merken, vor allem so lauge man über eigentliche Gewerkschaftsfragen sprach. Nur, wenn Parteiverhältnisse die Debatte berührten, exzitierte ein leichter Meier von jener Stunde, aber auch dann entwand kein Bild, das so ansehlich als gerade der schiefe Kernsatz der Gewerkschaften irgendeine uns Wanken.

Die Arbeiter müssen sich die Akademiker erziehen. Was sind die Akademiker und Schriftsteller in der proletarischen Bewegung? Sind es Führer oder Beauftragte? Vor etwa einem Jahre brachte die „Leipziger Volkszeitung“ eine Reihe von Artikeln, in denen das „Mar denkende Proletariat“ als der Auftraggeber der Theoretiker dargestellt wurde, die nichts anderes zu tun haben sollen, als mit ihrer wissenschaftlichen Schulung den Willen des Proletariates zu vertreten. Wo sie diesem Willen nicht genügen oder ihn durch Zweifel wackeln, sollen sie durch eine feine proletarische Kritik in ihre bedauerlichen Schranken zurückgewiesen und, wenn nötig, aus der Front abgeschoben werden. Und nun hat das Mar denkende Proletariat auf der großen Gewerkschaftstagung in Köln den radikalsten Literaten ihre Kettion erteilt. Es ist genau das geblieben, was damals die „Leipziger Volkszeitung“ forderte. Die Worte der Lohnarbeitenden hat durch ihre Delegierten unweifelhaft festgestellt, daß sie vom Generalrat der Theoretiker, ja selbst von der Manier der internationalen Kongresse, auf denen die mehr sprachlos u. also höher gekulten Genossen, zu herrschen pflegen, nichts wissen will. Da saßen aber nun die Akademiker in der „Leipziger Volkszeitung“ und anderen Blättern an, sich über den Willen des Proletariates zu beschweren und ihn herabzusetzen. Genosse Kempfers hat im Sinne des Mar denkenden Proletariates gesagt: „Die Beschlüsse des internationalen Kongresses binden uns nicht; die Chünchen und Potshunden können nicht bestimmen, was wir ausführen sollen.“ Er war in der Form des Ausdrucks etwas schärfer als die anderen, aber es war der Geist der Rede, der aus ihm sprach. Auch aus dem Redner des Proletariates sprach es viele Gen. Und was geschah nun? Die Theoretiker setzen sich auf hohe Pferd und bringen dem Proletariat bei, was „proletarisch“ ist! Es fällt ihnen gar nicht ein, vor der Meinung der erkrankten Arbeiterklasse sich zu beugen. Ihnen entweichen nur folgende Worte aus der „Leipziger Volkszeitung“ vom 1. Mai 1901:

„Nicht die Akademiker müssen die Arbeiter erziehen, sondern die Arbeiter müssen sich die Akademiker erziehen, die sie brauchen. Ein Akademiker, der sich durch des Verbalismus bedrückt fühlen sollte, würde dadurch nur bereichern, daß er noch mehr oder minder in bürgertlichen Verhältnissen lebt.“

Das sollte einmal die Vernunft, keine, Götze treffen und nun trifft es die Mehrheit, nämlich, Jack und Zurechnung. Die Arbeiter müssen sich die Akademiker erziehen! Eine besonders leichte Arbeit wird es nicht sein, denn diese Akademiker sind ja voll von dem „bürgerlichen Vorurteil“, mehr zu wissen als die Proletarier von Köln.

Verarbeiter-Beitrag: Wir proletarier! Zu allem kann und darf ein Gewerkschaftler nicht stillschweigen, wenn er auf seine persönliche Ehre auch nur einiges Gewicht legt. Wir wollen überleben, das einige Parteiblätter (daraus nicht alle) die Gewerkschafts-Delegierten wie dumme Jungen abfangen, von „Verachtung der Theorie“, „glänzender Borniertheit“, „schlechter Rederei“ u. s. w. reden, in hohmüthiger Weise den Gewerkschaftsführern, die eine jahrzehntelange opferreiche und erfolgreiche Arbeit hinter sich haben, den Rat geben, mehr den Statusquo zu beachten, der von der zeitigen Meinung der Mitglieder spricht. Wir sind von unseren Grubenkollegen gewohnt, die Arbeiter als „zu dumm“, zu wenig „theoretisch vorgebildet“ abzuweisen zu sehen, selbst dann, wenn, wie bei der Grubeninspektion, eine tüchtige Praxis zur Ausübung der Funktion vorzüglich geeignet macht. In der Sache ist es natürlich ganz egal, ob uns ein „theoretisch“ gebildeter Bourgeoispropheta, der im Bourgeoislager steht, Dummkopf schilt, oder ob dies ein „Theoretiker“ besorgt, der aus dem Bourgeoislager in die Arbeiterbewegung“ überbedrückt und hier den einzig echten Verapfer „unverfälschter proletarischer Meinung“ spielt. Wir brauchen Dummor genug, um uns über diese „proletarischen“ Meinungsalbheiten zu amüsieren.

Sagen wir aber proletarier müssen, das ist der von einigen Parteiblättern demagogisch unternommene Versuch, die „Rolle“ gegen die „Führer“ aufzuheben, indem man den Mitgliedern ihre gewählten Organisationsleiter als Personen denunziert, die sonst ihren ihr persönlichen Wohlbehagen den Vorurteilen der Arbeiterbewegung vorzuziehen. Dieser „Angebot an die lächerliche Dummheit“ entbehrt allerdings auch nicht ganz der Komik, wenn man weiß, welche Rolle vorzugsweise bei Leuten spielen, die ohne Ausnahme der Arbeiterklasse das Wort im englischen Sinne genommen angehenden „Gewerkschaftsbeamten“ auf den „richtigen Weg“ des proletarischen Massenkampfes vordrängen. Das die Anweisung der gewerkschaftlichen Organisation, die der Verfall der Gewerkschaften hauptsächlich die Folge solcher „Ansprüche“ sein kann, mag reichlich diejenigen „Theoretiker“ nicht hören, die in der Gewerkschaftstätigkeit nur „Zwangsarbeit“ und nicht, unelastische Arbeit erblicken. Aber wir Arbeiter werden unsere gewerkschaftlichen Organisationen gegen jeden Angriff verteidigen, was er kommen, woher er will.

Wir leben in der „Leipziger Volkszeitung“ Nr. 129, 2. Beilage einen sehr beachtenswerten Artikel über zwei Gewerkschaftsversammlungen (Schwarzarbeiter und Metallarbeiter) in Vervins, die abfällig, ganz im Sinne der „V. Z.“, den Metzger in Köln beurteilten. Das ist das gute Recht der Gewerkschaftsmitglieder. Aber die Hand bemerkungen, die die „V. Z.“ an die Versammlungen trümpf, vertreten in glücklicher Weise, wenn sich die Gewerkschaften zu verhalten haben. Das Blatt schreibt:

„Das war kein Gewerkschaftskongress, das war ein Kongress von Gewerkschaftsbeamten! rief Genosse Lehmann unter starkem Beifall aus und viele der Diskussionsredner kamen auf diesen Punkt wieder zurück. Dieser Protest gegen die allmählich aufkommende Gewerkschaftsbureaucratie dünkt uns als ein sehr gutes Zeichen für den gesunden Sinn zu sein, der auch heute noch in dem überwiegenden Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter herrscht. Wir können mit dem Verlauf der zeitigen Versammlung ebenso zufrieden sein, wie mit der Stimmung, die in der Metallarbeiterversammlung zum Ausdruck kam.“

Somit wird es in der Arbeiterbewegung durchaus nicht unangenehm empfunden, wenn nach Kongressen „Unstimmigkeiten“ abzuwarten. Jetzt sind wir glücklich so weit, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Gewerkschaftsangehörigen beseitigt werden, um die Gewerkschaftler gegeneinander zu heben. Nebenbei gesagt sind die „Gewerkschaftsbeamten“ und Gewerkschaftsmittglieder; auch stehen die „Führer“ mit ihrer „Borniertheit“ nicht allein, sondern sie sind gewählt von der Mitgliedschaft, müssen also doch wohl die Ansicht mindestens der Majorität vertreten. Sollten die Sekretäre sich fertigen und dadurch die Gesamtheit zur erregenden Gegenwehr gezwungen werden, dann können die „Literaten“ noch ihr blaues Wunder erleben. Die Wendung von der „Gewerkschaftsbureaucratie“, die das frühe Gewerkschaftsleben ihren „Kameradschaften“, egoistischen Interessen zuliebe einschleichen will, muß bei den Lesern die Empfindung wecken, die „Gewerkschaftsbeamten“ hätten ihren fesselten Fesseln, befänden sich „in gehobener Lebensstellung“ und hemmten wie die stützende Bureaucratie den Fortschritt der Arbeiterbewegung. Noch ein Schritt weiter und wir sind bei den in der bürgerlichen Presse so oft zitierten „Pudlern“ und „begeisterten Agitatoren“ angekommen, für die keine sachlichen, sondern persönliche Motive die Richtschnur ihres Handelns sein sollen. Wenn die Grubenbarone einen Bergmann maßregeln, er dann vom Verbands als Beamter angestellt wird, dann ist er für die Unternehmer „sein Bergmann mehr“, sondern ein „betriebsfremder Agitator“. Ähnlich so wird sehr versucht, die „Gewerkschaftsbeamten“ als „bornierte“ „Bureaucraten“ und der „proletarischen Bewegung“ fremd geworden hinzustellen. In den letzten Jahren, nachdem die Gewerkschaften sehr erstarrt, ist diese Teilung zwischen „bornierten Führern“ und „mit unversäultem Masseninstinkt“ begabter Mitgliedschaft wiederholt „theoretisch“ dargestellt worden. Nämlich soll aber „praktisch“ der „Nebel angefetzt“ werden, mit „Verfriedigung“ wird die „gesunde Reaktion“ begrüßt.

Wir proletarier entschieden gegen diesen Verdächtigungs-feldzug und warren diejenigen, die ihn führen! Genossen den Gewerkschaftsmitgliedern ihre gewählten „Führer“ nicht, gut, so wählt man sie einfach nicht wieder. Die „Gewerkschaftsbureaucraten“ sind keine Albern, sie haben durchaus ein ehrliches Handwerk erlernt und können es auch, wenn es nötig ist, wieder ausüben. Wir halten es für selbstverständlich, daß nur das Vertrauen der Mitglieder die Gewerkschaftsbeamten in ihrer Stellung erhalten kann. Darum verbitten wir uns entschieden Verdächtigungen und Beschimpfungen, zumal von „Literaten“, deren Haupttätigkeit bisher darin bestand, unmaßhlich „skortieren“ Gank und Spettakel innerhalb der Arbeiterbewegung zu machen!

Dieser oft bitter beklagte Zustand erklärt ohne weiteres, warum unser Freund Wömelburg von gewissen „Literaten“ nicht viel hält, woher der Widerwille vieler Arbeiterkreise gegen „Akademiker“ stammt. Kein Gewerkschaftsführer ist ein „bornierter Verächter der Theorie“, wir alle sind Verehrer unserer großen Theoretiker und bemühen uns, sie zu verstehen. Wie wäre denn sonst die deutsche Arbeiterbewegung so weit gekommen? Sind doch die Gewerkschaftler die Kräfte der Bewegung. Also möchte man sich gefälligst in der Herabsetzung der „bornierten“ Gewerkschaftler, im anderen Falle müßte den „Literaten“ recht deutlich begründet gemacht werden, wie das Wort zu verstehen ist: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!“

Die Verleibitändigung der Gewerkschaftsbewegung. *)

Ein Redner zum Meiner Gewerkschaftstag.
Von Ed. Bernheim, M. d. N.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftskongress, der vom 22. bis 27. Mai im Gürzenichsaal in Köln tagte, war das Ereignis der vergangenen Wochen, dem Vorgang des öffentlichen Lebens, der sich in Verbindung mit ihm messen konnte. Die Abstimmung im Preussischen Abgeordnetenhaus, durch welche das von jedermann vorausgesehene Kommando in Sachen der Revolle zum Bergarbeitergesetz perfekt und dieses Gesetzeswert endgültig bestimmt wurde, wollte man Wortführer treiben, so konnte man sagen, verid gemacht wurde, sind der gewaltigen Manifestation der deutschen Gewerkschaften gegenüber zur Entzweiung herab.

*) Aus „Europa“, Wochenblatt für Kultur und Politik. Verlags-Gesellschaft Europa, G. m. b. H., Berlin-Spandauer, Reibuhfstraße 1.

Damit soll jener Abstimmung und den mit ihr verbundenen Vorgängen keineswegs ihre Bedeutung abgesprochen werden. Im Gegenteil, auch sie sind bedeutende Vorgänge, die genau zu prüfen derjenige alle Ursache hat, der sich über die Strömungen des öffentlichen Geistes auf dem Laufenden halten will. Es sind Worte gefallen, am Regierungstisch wie von Führern der im Reichstagsparlament maßgebenden Parteien, die wohl im Gedächtnis festgehalten sein wollen. Es heißt auch die Feinden der Zeit falsch bezeichnen, wenn man den Kompromiß zwischen Regierung und Landtagsmehrheit als eine bloße Komödie hinstellt. Komödie wurde dabei gespielt -- wo geht es in der hohen Politik ohne sie ab? -- aber hinter ihr steckt doch eine gute Person Ernst. Wie mancherhaft die Vergewaltigung auch ist, der Widerstand der Arbeitermassen gegen sie und insbesondere gegen die obligatorischen Arbeitervereine war ehrlich. Mit allen Einschränkungen, die man ihnen entgegen, sind die Ausschüsse immer noch eine Durchlöcherung des absolutistischen Grundregiments, die den Vertretern dieses Absolutismus mindestens so wider sein muß, wie es den Vertretern der Grundbesitzer einmals die ersten Anfänge moderner Selbstverwaltung waren. Wenn die Geschäftsträger der Herren Thünen, Knudsen und Geröffen schließlich in sie willigten, so nur unter dem Druck der Gefahr, daß entweder der Reichstag, das Parlament des allgemeinen Wahlrechts, der Reichstagsrat, die Aktion der Vergewaltigung aus der Hand riß, oder die gesamte Volksherrschaft der deutschen Vergewaltigung ins sozialdemokratische Lager abzuwandeln. Der gleichen Erkenntnis folgte die Regierung, als sie ihre verächtlichen Vermittlungsagenten im Landtage für das Zustandekommen eines Kompromisses in Bewegung setzte. Sie wollte, was es geheißen hätte, den Vergewaltigten die Anschuldigung in jeder Hinsicht unannehmbar zu machen. Daß sie sich hierin dem Menschen widersteht, daß Graf Putsch wenigstens die geheime Zimmertür öffnete, während ihm, wie seine Rede durchblicken ließ, die öffentliche Zimmertür durch das liebere ist, muß direkt als eine Aushöhlung der großen Straß betraachtet werden, welche der Drang nach einem neuen geordneten Recht in der Vergewaltigung Deutschlands erlangt hat. Der Kompromiß in der Kammer, das eifrige Bemühen, nicht mit völlig leeren Händen vor die Vergewaltigten zu treten, ist nur eine Begleiterscheinung des großen geschichtlichen Ereignisses, als welche der wälder Gewerkschaftsstrom betrachtet werden muß.

In zweifacher Hinsicht ist der Kompromiß bedeutungsvoll. Zunächst und allen in die Augen fallend unter dem Gesichtspunkte der Zahl. 213 Delegierte, die im Märzensaal versammelt waren, vertraten ein und eine viertel Million gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, eine bisher in Deutschland unerreichte Zahl, von der der Korinthische Legion mit Recht sagen dürfte, daß selbst der kühnste Optimist in Gewerkschaftsdingen vor zehn Jahren ihre Erreichung in so kurzer Zeit noch für unmöglich gehalten hätte. Immer näher rückt das Meer der organisierten Arbeiter Deutschlands in äussermächtiger Stärke der größten Gewerkschaftsarmee der Welt, dem Meer der englischen Trade Unions. Allerdings ist der Abstand immer noch der von 5 zu 8, wenn wir die deutschen und Organisationen hinzu rechnen, von 3 zu 4, und er erscheint noch wesentlich größer, wenn man berücksichtigt, daß Deutschland nahe an 60 Millionen, das vereinte britische Königreich aber wenig über 10 Millionen Einwohner zählt. Aber man darf auch nicht vergessen, daß von Irland mit seinen vier Millionen Einwohnern abgesehen, das Vereinigte Königreich immer noch in viel höherem Maße Industrieland ist als Deutschland, und daß wenigstens eine Anzahl deutscher Gewerkschaften der entsprechenden englischen Organisationen, sei es an absoluter Mitgliederzahl, sei es an Prozentverhältnis zur Gesamtzahl der Berufsangehörigen teils erreicht, teils überflügelt haben. Neben glänzend organisierten Gewerben zählt England eine Reihe nur mittelmäßig organisierter Gewerbe, während andere nur ganz jämmerlich geordnete oder gar keine Organisationen haben. Trotzdem auch in Deutschland die Unterschiede in der Prozentzahl der organisierten Berufsangehörigen von Beruf zu Beruf noch sehr groß sind, ist das Gesamtbild doch ein einheitlicheres, als wie das der Organisationen des britischen Inselreiches. Die Organisationsgrenze ist hier weit mehr wie dort durch die Struktur des Gewerbes und den Grad des Unternehmertums bestimmt.

Noch in anderer Hinsicht präsentiert sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung günstiger als die englische. Sie ist, wie übrigens auch andere teuländische Gewerkschaftsbewegungen, bei weitem weniger zerstückelt als jene. Selbst in den betriebsorganisierten Gewerben Englands finden sich -- einige Spezialberufe ausgenommen -- neben den größeren Verbänden immer noch zahllose, ihr Zentralstellen folgende kleinere Organisationen, und selbst die größeren Verbände sind oft nur auf bestimmte Zirkel beschränkt und haben neben sich in anderen Zirkeln starke Sonderverbände des gleichen Berufes. Nun hat zwar auch Deutschland neben den großen zentralisierten Vereinigungen seine Sonderorganisationen. Aber hier ist die Zerstückelung Folge von ursprünglich vorhandenen und noch nicht ganz überwundenen prinzipiellen Gegensätzen in bezug auf Organisationsform, Aufgabenträger, Kampfmethoden und dergleichen, während meist nur noch reine Klasseninteressen das trennende Moment bilden. Ueberhaupt ist im Vergleich der Zug zum Allgemeinen, zum Ganzen, in Deutschlands Gewerkschaftsbewegung stärker als in der Englands. Welche histori-

sehen Ursachen dafür maßgebend gewesen sind und noch sind, braucht wohl keiner längeren Auseinandersetzung. Es muß aber, um vorzutreten oder phantastisch nationalökonomischen Schlüssen vorbeugen, darauf hingewiesen werden, daß in England eine Reihe politischer und sozialer Faktoren fehlen, die in Deutschland den Zinn für das Allgemeine mächtig fördern. Seine politischen Einrichtungen vielmehr sehr geeignet sind, den Partikularen zu nützen. Somit ist der englische Arbeiter durchaus nicht weniger opferwillig als der Arbeiter des Reichlandes.

Ein weiterer Vorzug der deutschen vor der englischen Gewerkschaftsbewegung ist, daß sie dem Bürokratismus weniger verfallen ist als jene. Die meisten englischen Gewerkschaften leiden an sehr bürokratischen Einrichtungen, obwohl auf einer solchen Anwendung des demokratischen Prinzips. Sie sind vielfach wirklich nur Akkumulationen von Vollverreinen mit einer in ihren Vollmachten mächtig eingeschränkten Zentralleitung. So darf z. B. der Vorstand des großen, jetzt über ein Vermögen von mehr als 12 Millionen Mark verfügenden Maschinenbauverbandes anderen Organisationen freihändig nicht über 100 Mk. Unterstützung zukommen lassen. Jeder größere Betrag bedarf der Zustimmung der Gesamtheit der Mitglieder.

Die weitgetriebene Autonomie der Lokalmitgliedschaften scheint auf den ersten Blick diesen ein größeres geistiges Leben und regeres Wirken zu verhüten. Das tatsächliche Resultat ist das Gegenteil davon. Der Horizont wird verengt, Vereinspielererei der einen und Gleichgültigkeit der anderen herrschen vor. Neuerdings geht denn auch, angefaßt durch die Rechtsprechung über die juristische Haftung der Gewerkschaften, die Tendenz dahin, die Vollmachten der Zentralausschüsse zu erweitern, den Gesamtkörper beweglicher zu gestalten. Aber das Wachstum der Heberhebung macht sich bei dieser Reform auf Schritt und Tritt als Hemmnisfaktor geltend, so daß der nötige Schritt sich im Schweben zu halten.

Der deutschen Gewerkschaftsbewegung haben so starke Traditionen nicht an. Ein zwar nicht sehr lautes, aber um so günstiger wirkendes Geschick hat ihren Gliedern im Gegenteil eine Fähigkeit angeeignet, die nicht doch genug gewertet werden kann: die Gabe der Anpassung, verbunden mit ununterbrochener Fertigkeit. Wenn Schiller von der deutschen Kunst sagte:

„Mein augustinisch Alter blühte,
Keines Mediziners Güte
Ladelle der deutschen Kunst.“

Rühmend darf's der Deutsche sagen,
Düher darf's das Herz ihm schlagen:
Selbst erkauf er sich den Wert.“

so darf die deutsche Gewerkschaftsbewegung in ähnlichem Sinne von sich sagen, daß sie „Keines Mediziners Güte“ ihre heutige Güte verdankt, daß sie Form und Gehalt sich in mühsamem Ringen selbst geschaffen hat. In hartem Kampf gegen Druck von allen Seiten, in steter Wehr gegen Maßnahmen, die darauf berechnet waren, ihre Kräfte zu entziehen und Wirkungsmöglichkeiten zu verlegen, haben die deutschen Gewerkschaften gelernt, einen starken Zinn für das praktische Mögliche und Nützliche mit einem offenen Blick und lebendigstem Interesse für weite Ziele und allgemeine Aufgaben zu verbinden. Diesem Geist ist die große Ausbreitung und Ausbildung solcher Schöpfungen, wie u. a. die Arbeiterkorporation, zu verdanken, die kaum in einem zweiten Lande ihresgleichen finden und deren Leistungen jedem unparteiischen Untersucher das höchste Lob abtrotzen.

Welche Bedeutung diese Einrichtung erlangt hat, war aus dem Referat des Reichsarbeitersekretärs Robert Schmidt über die Arbeiter des Zentralretariats zu ersehen, das in glücklicher Weise Zäuse mit Sachlichkeit, Mäßigung mit Heftigkeit und einem Heberblick über die Ausübung der Arbeitervereinerungsrechte gab, wie ihn kein Ministerialbeamter klarer hätte geben können -- von der Tendenz ganz abgesehen. Die bemerkenswerten Vereinerungsrechte, die der Arbeiterbewegung das Mark entziehen sollen, haben im Gegenteil Anreiz und Handhabe zur Ausbildung einer demokratischen Beamtenschaft der Arbeiterklasse gegeben, wie sie in besserer Schulung irgendwo zu finden ist.

Auf der anderen Seite, wo findet man eine bessere freiwillige Gewerkschaftsstatistik, als sie die deutsche Gewerkschaftsbewegung liefert? Es ist kaum zu viel gesagt, wenn man die statistischen Berichte, wie sie die Generalkommission der Gewerkschaften alljährlich veröffentlicht, als unübertrefflich bezeichnet. Ebenso haben eine Reihe von Gewerkschaften Vorzugliches in bezug auf Erhebungen über die Lage ihres Berufes geleistet. Nur den Nachmann ist es eine wirkliche Freude, ihre Berichte zu lesen. Diesen Zinn für die Statistik verdankt die deutsche Gewerkschaftsbewegung den Anstrengungen, die Max Rary ihr einst direkt und durch das Mitglied der Internationalen gab. Rary bewirkte damals mit Recht die englische Statistik als Muster. Aber soweit die freiwillige Statistik der Gewerkschaften in Betracht kommt, liegen die Dinge heute umgekehrt. Kirgends regiert Schema F heute so unbestritten in den englischen Gewerkschaften, als wo die statistische Berichterstattung in Betracht kommt. Was nicht vom staatlichen Arbeitsamt verlangt und geliefert wird, ist keinen Schutz Pulver wert. Für einen eigenen

Jahresbericht, wie ihn die neueste Nummer des „Correspondenzblattes der Gewerkschaften“ veröffentlicht, fehlt jedes Gegenstück.

Aus diesem Bericht geht hervor, daß die zentralisierten deutschen Gewerkschaften im Jahresdurchschnitt 1904 1.052.108 Mitglieder und einen Massenbestand von rund 16 Millionen Mark hatten. Eine Meierei von 16 Mk. pro Kopf, während sich die Massenbestände der englischen Gewerkschaften heute auf zwischen 60 bis 70 Mk. pro Kopf berechnen. Das ist ein viermal höherer Betrag. Zudem sind davon weit mehr laufende Hilfskassenunterstützungen zu leisten als von den Fonds der deutschen Gewerkschaften, so daß der Unterschied in Bezug auf Meieren für Gewerkschaftskämpfe weniger bedeutend ist, wenn auch die Engländer hierin ihren deutschen Kameraden immer noch ein gutes Stück voraus sind. Aber gegen frühere Jahre ist die Verbesserung für Deutschland sehr bedeutend. Und sie macht taglich Fortschritte, denn immer mehr unserer Gewerkschaften gehen dazu über, ihre Beiträge zu erhöhen. Wie stark aber die Gewerkschaften wachsen, geht aus der Tatsache hervor, daß bis zum Vorabend des Kongresses die Mitgliederzahl sich von einer Million auf die eingangs erwähnte Zahl von fünf Viertel Millionen vermehrt hat. Das doppelt so viel organisierte Arbeiter waren in Köln vertreten, als mit dem Vorgänger dieses Gewerkschaftskongresses, in Stuttgart, vertreten waren.

Angedachts dieses Umstandes beareift sich die selbstbewusste, siegesfähige Sprache der meisten Gewerkschaftsführer. Wer solche Fortschritte vor sich sieht, der kann nicht anders als das Gefühl empfangen, daß die Bewegung, die er vertritt, unbeherrschbar ist, daß sie unantastbar im Boden der kapitalistischen Verhältnisse wurzelt.

Mit diesem Triebbewußtsein steht die abnehmende Stellungnahme des Kongresses zur Frage des Generalstreiks und der über großen Teil der Kongreßteilnehmer zur Arbeitseruhe am ersten Mai in keinem Widerspruch.

Die Generalstreikidee wird heute in verschiedenen Formen propagiert. In der Art, wie sie in den Gewerkschaften agitiert wird, nimmt sie die Gestalt der Zubereitung der Generalstreikaktion an gewaltige, die ganze untertägige Gesellschaft einschneidende Streiks an, das gesamte Gewerbe der Nation, wie sie die Gewerkschaftsführer sehen, die, wo immer dies möglich ist, ihren jeweiligen Gegner zu isolieren haben. Es kann allerdings auch für den gewöhnlichen Gewerkschaftsmitglied — der hier gekennzeichnete Generalstreik in ein persönlicher Streik in gewerkschaftlichem Gewande — zweckmäßig werden, den Streik der Beteiligten zu erweitern, statt ihn zu verengern. Aber das ist stets eine sehr schwer und nur aus der jeweiligen konkreten Sachlage zu entscheidende Frage, während der Generalstreik in der propagierten Form ein Kampfideal ist, bei dem statt mit Wirklichkeiten mit lauter bloßen Annahmen gerechnet wird. Je größer aber eine Bewegung, um so geringer die Neigung ihrer Vertreter, sich auf spekulative Unternehmungen einzulassen, mit ihren Mitteln va banque zu spielen. Mit der Größe des Einsatzes wächst das Gefühl der Verantwortlichkeit. Die Stellung der Gewerkschaftsführer zur Generalstreikidee ist keine andere, als die Stellung der Führer der politischen Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie, zur Taktik der Partide. Die Sprache ist etwas anders, aber der Gehaltengang ist identisch. Da der Gewerkschaftsführer mehr noch wie der politische Führer mit bekannten Größen zu rechnen gewohnt ist, wird er die Zustimmung, sich auf ein Experiment mit vielen Unbekannten einzulassen, um so energischer zurückweisen. Zumal die Arbeiter, deren Kopf mit der Generalstreikidee angefüllt ist, für die so notwendige Akkumulation der Gewerkschaften, die Opfer, die sie erheißt, den Kleinkampf, der so Großes bedeutet, notwendig Sinn und Interesse verlieren. Es ist also nur logisch, wenn der Kölner Kongreß sich hartnäckig gegen die bezeichnete Art Generalstreikidee aussprach.

Grundsätzlich der Axt des ersten Mai neben die Dinge etwas anders. Da wirkt eine Vielheit von Motiven zusammen, in der Gewerkschaftswelt, und nicht bloß in dieser, eine gewisse Gegenströmung gegen die Durchführung der Arbeitseruhe zu erzeugen. Die Arbeitseruhe trägt ein doppeltes Gesicht. Sie ist für den Arbeiter heute eine Waffe im Kampf und morgen Spielerei, eine bloße Erholung, eine sich aufdrängende Almedienung. Was ist sie am ersten Mai? Von Ort zu Ort anderes. Die Arbeitseruhe am Sonntag ist

kein wirklicher Kampf, sie ist auch kein wirkliches Fest. Von einigen Rednern des Kölner Kongresses wurde es als ein Uebelstand bezeichnet, daß der erste Mai zum Familienfest herabgesunken sei. Ich halte das für eine völlige Verkennung der Bedingungen eines Weltfeiertages. Nicht weil er zu viel, sondern weil er zu wenig Familienfest ist, ist der Sonntag der Arbeit an vielen Orten kein rechter Arbeitseruhetag. Für eine ernsthafte politische Demonstration trägt er, wenn nicht bestimmte Tageskämpfe Anknüpfungspunkte darbietet, einen zu abstrakten Charakter; wo das Jahr über so häufig Gelegenheit genommen wird, in greifbarer Weise Willenskundgebungen der kämpfenden Arbeiterschaft an den Tag zu legen, bietet die des ersten Mai selten eine Steigerung, oft genug eher eine Abschwächung. Das Programm geht ins Breite, und schließlich lagert dann doch wieder statt Kampf: Spielstimmung über dem Ganzen. Kurz, die Meierei hat ihren rechten Charakter noch nicht gefunden, sie ist etwas Unentschiedenes, trägt ein doppeltes Gesicht. Daher fehlt dem einen dies, dem anderen jenes an ihr, und werden die Opfer, die sie erfordert, schwerer eingeschätzt, als es sonst der Fall wäre.

Da aber in Deutschland die Entscheidung so getroffen war, daß für die Arbeitseruhe in erster Linie die Gewerkschaften zu sorgen hatten, ist es auch nur naturgemäß, daß, sofern Gewerkschaft gegen sie bezieht, diese sich vor allem in den Gewerkschaften zeigen und geltend machen mußte. Einen Gegensatz zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften daraus zu formulieren, wäre die größte Fehlleistung. Diejenigen, die in Köln gegen die Arbeitseruhe sprachen, sind sämtlich außerhalb ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit anerkannte und tätige Mitglieder der Sozialdemokratie. Wäre irgend eine ernsthafte Gefahr vorhanden, daß die Frage der Meierei einen Miß in die Sozialdemokratie hineinbringe, so würden diejenigen, die sie in Köln erörterten, sich schwerlich mit ihr abgeben haben. Weil jedoch von einer solchen Gefahr keine Rede sein kann, wurde die Frage offen und unverhüllt diskutiert.

Trotzdem kann niemand die Kölner Debatte lesen, ohne sich klar zu werden, daß die Differenzierung zwischen der Sozialdemokratie als politischer Partei und den Gewerkschaften dort schärfer als früher zum Ausdruck gekommen ist. Es liegt absolut kein Grund vor, dies zu verheimlichen, denn diese Zunahme der Differenzierung ist eine mit dem Wachstum der Bewegung naturnotwendig verbundene Erscheinung. Je größer die Gesamtbewegung, um so ausgeprägter die Arbeitsteilung zwischen ihren Gliedern. Die Arbeitsteilung hat aber als notwendige Folge die größere Wertung bestimmter Aufgaben von den einen, anderer von den anderen. Das kann auf Grenzgebieten jeweilig zu Meinungsverschiedenheiten führen, wie etwa in der Frage, ob Arbeitskammern oder Arbeiterkammern. Aber ein wirklicher Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaft kann daraus nicht erwachsen. Wer das erfährt, der lasse sich erst einmal vormachen, wie man einen Menschen in zwei lebendige Stücke zerschneidet. Man wird denjenigen, die die Axtentuppen der deutschen Gewerkschaftsbewegung bilden, so wenig die sozialdemokratische Gewinnung aus den Herzen reißen, wie dem überzeugten Sozialdemokraten die Einsicht in die große Mission der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsbewegung verfestigt sich mehr und mehr, aber sie hört darum nicht auf, ein integrierendes Glied der großen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu sein. Die Natur ihrer Aufgaben bringt es mit sich, daß sie in der Regel — es gibt auch hier Ausnahmen — das opportunistische Prinzip stärker zum Ausdruck bringt, als die politische Partei. Wer umfassen die weiderseitigen Aufgaben prüft, wird gar nicht wünschen können, daß es anders sei. Die Gewerkschaften sind das Anknüpfungsglied der Arbeiterbewegung. Sie geben ihr vor allem die Festigkeit, die Solidarität. Mut und Nerven vertritt die politische Partei. Hier ist das größere, das alle Strebungen umfassende Leben. Wohl kann es kommen, daß Gewerkschaft und Partei über Spezialfragen in Meinungsverschiedenheiten geraten. Aber das Band, das die geschichtliche Entwicklung zwischen beide geschlungen, wird darum doch nicht in die Brüche gehen.

* Von den Ausgaben der 100 größten Gewerkschaften Englands entfielen im Jahre 1900 auf:

Arbeitslosen- und Meierei-Unterstützung . . .	39,8 Proz.
Kampf- (Streik-) Unterstützung . . .	8,2 „
Strahlen- und Unfall-Unterstützung . . .	4,9 „
Alters- und Invaliden-Unterstützung . . .	1,5 „
Esterbegeld-Unterstützung . . .	3,9 „
Andere Unterstüzungen . . .	15,8 „
Betriebskosten . . .	25,9 „
100,0 Proz.	

Die Arbeitslosenunterstützung war in jenem Jahre übernormal hoch, weshalb die Zahlen für die anderen Unterstüzungsweide unter normal niedrig erscheinen. Im Durchschnitt der Jahre haben jedoch Arbeitslosen- und Kampfunterstützung zusammen, die man als eigentliche Gewerkschaftsunterstützung bezeichnen kann, die Hälfte, die Betriebskosten einen Viertel der Ausgaben dieser Gewerkschaften aus.

Die neuen Vorschriften für die bei der Dresdener Strassenreinigung beschäftigten Arbeiter

sind von uns schon in Nr. 12 Spalte 2-2 der „Gewerksch.“ kurz besprochen worden. Unsere Kritik dieser Vorschriften war damit noch keineswegs erschöpft. Heute veröffentlichen wir den vollen Wortlaut und werden, nachdem die Klagen und Beschwerden der Dresdener Straßenreiner alle zusammengestellt sind, auf die Sache wieder näher eingehen. Die Vorschriften lauten:

Außer den in der allgemeinen Arbeiterordnung enthaltenen Bestimmungen und Bedingungen gelten für die beim Straßenreinigungsdienst beschäftigten Arbeiter noch die folgenden besonderen Vorschriften:

1. Vorgeordnete.
- Die unmittelbaren Vorgeordneten der im Reinigungsdienst und Verordnungsamt beschäftigten Arbeiter sind die Mehrmeister. Der Vorgeordnete der in der Geräteverwaltung beschäftigten Arbeiter ist der Geräteverwalter.

2. Arbeitszeit.

Die gewöhnliche tägliche Dienstzeit jedes Arbeiters ist auf zehn Arbeitsstunden festgelegt. Sie beginnt in der Regel und bis auf weiteres:

- an Werktagen früh 4 Uhr,
- an Sonn- und Festtagen früh 3 Uhr.

Die Dienstleistungen der beim Nacht- und Nachtreinigungsdienst verwendeten Mannschaften verteilen sich nach Erfordernis über die ganze Tageslänge, jedoch derart, daß die Dienstleistung innerhalb 24 Stunden zehn Arbeitsstunden nicht übersteigt. Die Zahl und Größe der in den Dienst eingeschobenen Ruhepausen wird vom Mehrmeister bzw. vom Geräteverwalter bestimmt.

Überstunden über die gewöhnliche zehnstündige Arbeitszeit hinaus können bei außergewöhnlichen, insbesondere bei winterlichen Arbeiten, von jedem Arbeiter gefordert werden. Die Überstunden werden nach den Bestimmungen der allgemeinen Arbeiterordnung vergütet.

3. Genuß geistiger Getränke usw.

Während der Arbeitszeit ist alles Essen, der Genuß geistiger Getränke und das Rauchen untersagt.

4. Verkehr mit dem Publikum usw.

Jeder Arbeiter hat im Dienste gegen das Publikum ein höfliches, zurückhaltendes, eine Belästigung ausschließendes Benehmen zu zeigen. Alle unnötige Unterhaltung mit Straßenspaten oder mit anderen Arbeitern, sowie das mühsige Herumtrotzen auf der Straße oder vor Schaufenstern ist untersagt. Zur Sicherung der Nachtruhe ist während der Nacht und in den frühen Morgenstunden jedes unnötige Geräusch mit den Arbeitsgeräten, sowie alles überlaute Sprechen zu vermeiden.

5. Lohnzahlung und Lohnvorschlüsse.

Die Lohnzahlungen erfolgen alle 14 Tage am Freitag für die zwei vorhergehenden vollen Wochen. Am Ende der zwischen zwei aufeinanderfolgenden Lohntagen liegenden Woche werden am Verlangen Lohnvorschlüsse gezahlt, die zwei Tage vorher bei dem Mehrmeister anzumelden sind.

6. Lohnfestsetzung.

An Lohnbezügen werden bis auf weiteres gewährt:

- a) den Arbeitern der Vorarbeiterklasse:
 - in den ersten 6 Jahren 4 M. — Pf. Tagelohn
 - im 7. bis mit 9. Jahre 4 " 25 " "
 - " 10. " 12. " 4 " 50 " "
 - vom 13. Jahre ab " 4 " 75 " "
- b) den Arbeitern der Wärterklasse:
 - in den ersten 6 Jahren 3 M. 40 Pf. Tagelohn
 - im 7. bis mit 9. Jahre 3 " 60 " "
 - " 10. " 12. " 3 " 80 " "
 - vom 13. Jahre ab " 4 " — " "
- c) den Arbeitern der Mehrerkasse:
 - im ersten Jahr " 32 Pf. Stundenlohn
 - im 2. bis mit 5. Jahr " 33 " "
 - " 6. " 15. " 34 " "
 - vom 16. Jahre an " 35 " "

Als Beginn eines neuen Dienstjahres gilt die erste volle Lohnperiode im neuen Dienstjahre. Das alte gilt als Probejahr.

7. Dienstkleidung und Arbeitszeit.

Jeder Arbeiter erhält zum Dienstgebrauch Mühe und einen Drilkmittel, sowie die erforderlichen Arbeitsgeräte. Er ist verpflichtet, im Dienst die vorgeschriebenen Kleidungsstücke zu tragen und in sauberem, ordentlichem Zustande zu erhalten. Das Waschen der Drilkmittel erfolgt auf Kosten der Verwaltung. Die Kleidungsstücke und die Arbeitsgeräte bleiben Eigentum der Stadtgemeinde.

8. Schadensersatz.

Die Dienstkleidung und die Arbeitsgeräte sind pflichtlich zu behandeln. Für vorsätzlich beschädigtes oder durch Unachtsamkeit verloren gegangenes Dienstigentum ist Ersatz zu leisten. Die Beiträge hierfür werden vom Lohn in Abzug gebracht.

9. Ablohnung.

Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses wird der rückständige Lohn im Laufe des nächsten Wertages durch den Mehrmeister ausbezahlt. Die Rückgabe der Dienstkleidung, des Arbeitsgerätes und der Arbeiterordnung hat vorher zu erfolgen.

10. Ausschluß der Wiederbeschäftigung.

Wer freiwillig oder infolge eigener Verschuldung den Dienst verläßt, wird von neuem als Arbeiter beim Straßenreinigungsamt in der Regel nicht wieder eingestellt.

Der Rat zu Treöben.

Kette.

Den 8. April 1905.

Strassenreinigungsamt.

Das Gewerkschaftsjahr 1904.

Die deutschen Gewerkschaften haben im Jahre 1904 einen gewaltigen Aufschwung genommen. Die vollständigen Zahlen bringt die Nr. 21 des „Correspondenzblattes“, in der die Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1904 veröffentlicht wird. Die Berechnungen in dieser Statistik werden aller Hebung gemäß nach Jahresdurchschnittsziffern vorgenommen. Danach hatten die deutschen Gewerkschaften im Durchschnitt des Jahres 1904 1 052 108 Mitglieder, 161 410 mehr als im Jahre 1903. Noch in keinem Jahre ist ein so enormer Zuwachs an Mitgliedern erreicht worden. Im Jahre 1903 betrug er beispielsweise 151 492. Die gewaltig dieser gewerkschaftliche Zuwachs im Grunde genommen ist, ersieht man aus folgender Tabelle, welche die Mitgliederzahl für die letzten elf Jahre wiedergibt:

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber dem Vorjahre	
		Absolut	in Prozent
1894	246 494	22 964	10,2
1895	259 175	12 681	5,2
1896	329 230	70 055	27,0
1897	412 359	83 129	25,2
1898	493 742	81 383	19,7
1899	560 473	66 731	17,5
1900	680 427	99 954	17,2
1901	677 510	—	—
1902	733 206	55 696	8,2
1903	887 698	151 492	21,0
1904	1 052 108	164 410	18,5

Die Vermehrung der Mitgliederzahl in den einzelnen Verbänden ist sehr ungleich. Sie betrug, für den Jahresdurchschnitt berechnet bei:

Maurer 27 965, Holtarbeiter 17 373, Metallarbeiter 16 086, Bergarbeiter 15 237, Fabrikarbeiter 12 126, Bauhilfsarbeiter 10 610, Handels- und Transportarbeiter 9525, Zimmerer 8629, Maler 3822, Bäcker 3563, Schmiede 3283, Gemeindebetriebsarbeiter 3189, Buchdrucker 3096, Knäbhaber 2952, Friseurarbeiter 2719, Gärtner 2481, Schneider 2231, Tabakarbeiter 1916, Stukkature 1729, Aufhänger und Steinbrüder 1474, Steinarbeiter 1388, Müller 1364, Buchdruckerhilfsarbeiter 1234, Maschinen- und Heizer 1163, Steinbrüder 1068, Lederarbeiter 762, Köpfer 753, Montieren 726, Handlungsgehülften 682, Wildhauer 627, Sattler 621, Sutmacher 598, Parviers 410, Kleider 407, Tapezierer 392, Schiffszimmerer 371, Maßmetschick 367, Glasarbeiter 367, Glaser 311, Dachdecker 309, Seerut 245, Pötker 244, Grabente und Bisklere 217, Waldarbeiter 208, Lagerhalter 204, Dosenarbeiter 175, Zigarettenfertiger 174, Curraungehülften 159, Aufseher 147, Bergolder 143, Schmied 113, Bergarbeiter 102, Müchener 101, Postknecht 71, Blumen- und Federarbeiter 49, Buchdrucker (Eisak) 49, Zivilmüller 44.

Bei fünf Verbänden (Sandschuhmacher, Kolenmacher, Porzellanarbeiter, Schuhmacher, Fertilarbeiter) ist ein Mitgliederverlust von insgesamt 1593 zu verzeichnen, doch zeigten vier dieser Verbände am Schlusse wieder eine Aufwärtsbewegung, so daß der Verlust nicht bedeutend ins Gewicht fällt. Bei den Porzellanarbeitern und Fertilarbeitern trat der Mitgliederrückgang infolge verloren gegangener Streiks, bei den Schuhmachern infolge Erhöhung der Beiträge, die eine Streikung aller sämigen Zahler notwendig machte, ein. Es war dies erforderlich, weil der Verband die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung obligatorisch einführt und deswegen darauf geachtet werden mußte, daß alle Mitglieder ihre Verpflichtungen voll erfüllen.

Dieses strengere Vorgehen ist von allen Gewerkschaften, die ihre Einrichtungen verbessern, geübt worden und hat, wenn sich auch anfänglich ein Mitgliederverlust zeigte, in weiterer Folge sich als sehr vorteilhaft erwiesen.

Nachdem die Frage in den Verbänden, ob Unternehmenseinrichtungen den Organisationszwecken dienlich sind, nachdem der Unternehmungen entschieden war und infolgedessen eine entsprechende Erhöhung der Beiträge notwendig wurde, ist in den betreffenden Organisationen weniger als vorher darauf gesehen, daß alle Mitglieder ihre Pflichten erfüllen, um ihre Rechte nicht verlor zu gehen. Diese Praxis hat wesentlich dazu beigetragen, die Finanzkraft der Organisationen zu erhöhen, und dazu geführt, daß in den Gewerkschaften heute mit Beiträgen gerechnet wird, deren pflichtmäßige Abbringung man vor einem Jahrrecht für völlig unmöglich gehalten hätte. Das zeigt schon allein die Gesamtverteilung folgender Zahlen: Im Jahre 1891 hatten 49 Zentralverbände 1 116 568 M. Einnahmen und 47 Verbände 1 606 534 M. Ausgaben, der Massenbestand betrug 425 845 M. Im Jahre 1904 hatten 63 Zentralverbände eine Einnahme von 20 190 630 M., eine Ausgabe von 17 738 756 M. und einen Massenbestand von 16 109 903 M. Von 1891 bis einschließlich 1904 vereinnahmten die Zentralverbände insgesamt 98 808 458 M. und verausgabten 86 173 370 M.

Nicht in allen Verbänden findet eine gleichmäßige Aufwärtsbewegung der Mitglieder statt, in einzelnen Quartalen stellt sich oft

genau ein Rückgang ein. Besonders in den Organisationen des Ranggewerbes zeigt sich diese Erscheinung, deren Ursache so natürlich ist, daß sie einer besonderen Erklärung nicht bedarf. Dieser wachsende Mitgliederbestand macht es notwendig, für alle Berechnungen, wie gesagt, nicht die Jahresdurchschnittsziffern, sondern die Jahresdurchschnittsziffer zu nehmen. Die letztere zugrunde gelegt, stehen die Verbände nach der Höhe ihres Mitgliederbestandes in folgender Reihe:

Metallarbeiter 176 221, Maurer 128 850, Holzarbeiter 97 105, Bergarbeiter 75 361, Textilarbeiter 53 568, Fabrikarbeiter 49 181, Buchdrucker 38 976, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 36 325, Zimmerer 35 891, Pauschalarbeiter 33 215, Schuhmacher 25 262, Schneider 23 242, Maler 22 859, Tabakarbeiter 19 156, Brauereiarbeiter 18 185, Buchbinder 15 206, Sackarbeiter 14 054, Schmiede 12 185, Gemeindebetriebsarbeiter 12 156, Lithographen und Steinbrüder 10 658, Föpfer 10 211, Steinarbeiter 10 012, Räder 9068, Maschinenisten und Feizer 8090, Porzellanarbeiter 8051, Votter 6200, Zinnschmied 5933, Glasarbeiter 5881, Zunftleute 5575, Federarbeiter 5173, Tapezierer 5377, Bildhauer 4590, Schmied 4269, Sattler 4259, Buchdruckerhilfsarbeiter 4082, Verlagsarbeiter 3730, Glaser 3606, Dachbeder 3573, Müller 6456, Handlungsgeschülten 3398, Kupferkammer 2371, Zeciente 3189, Gärtner 3141, Handschuhmacher 2978, Gewandgeschülten 2875, Portefeinler 2502, Schiffszimmerer 2495, Kleider 2135, Gravure 2265, Montblonden 2019, Münzner 1935, Reinolter 1719, Jagartenfortier 1171, Lagerhalter 1267, Wäscharbeiter 875, Barbier 868, Buchdrucker (Einf.) 851, Zivilmüller 726, Bureauangestellte 536, Formmieder 434, Blumen- und Federarbeiter 353, Spinnarbeiter 331, Rotenieder 326.

Verständig mögen einige Zahlen über die außerhalb der General-Kommission stehenden gewerkschaftlichen Vereinigungen angeführt werden, die auf Vollständigkeit allerdings keinen Anspruch machen können. So wird die Mitgliederzahl der auf dem Boden der Lokalorganisationen stehenden Vereine auf 20 656 geschätzt. Die fünfzigsten Vereine zählten am Schlusse des Jahres 1904 111 889 Mitglieder. Die Mannabrechnung für 1904 liegt noch nicht vor. Die ähnlichen Gewerkschaften, die sich ihrem Gesamtbestand angegeschlossen haben, zählten im Jahresdurchschnitt 1904 gerade 197 556 Mitglieder, gegen 91 110 im Jahre 1903. Die Einnahmen im vergangenen Jahre beliefen sich auf 891 517 M., der Massenbestand auf 690 371 M. Daraus kommen die sogenannten „unabhängigen“ ähnlichen Gewerkschaften, insbesondere örtliche Eisenbahnerorganisationen, wie der württembergische, der bayerische Verband, die Rheinländer usw., die im Jahresdurchschnitt 99 928 Mitglieder gegen 101 117 im Jahre 1903 zählten. Die Jahreseinnahme betrug 451 824 M., der Massenbestand 257 823 M. Die Zahl der Mitglieder der „unabhängigen Vereine“, richtiger gesagt: die keiner Organisationsgruppe angehörenden Vereinigungen gewerkschaftlichen Charakters kann nur geschätzt werden. Sie beträgt etwa 74 458. — In den sechs Organisationsgruppen zusammen werden also 1 466 625 Mitglieder gezählt, das sind gegenüber dem Vorjahre 189 794 mehr.

Wie in jedem Jahre, so hat Genosie Regien auch bei der diesjährigen Statistik an der Hand der Gewerbezahlung von 1895 das Verhältnis der Organisierten zu den Berufsangehörigen berechnet. Die Angaben der Zahlung sind jedoch, wie angeführt wird, total veraltet und unzuverlässig geworden. So ist zum Beispiel die Zahl der organisierten Bundesländer Deutschlands jetzt schon bedeutend höher als die Gesamtzahl der bei der Gewerbezahlung ermittelten Berufsangehörigen. Ob es sich empfiehlt, auf die veralteten Zahlen der Gewerbezahlung des Jahres 1895 auch weiterhin Verhältnisberechnungen zu stützen, dürfte sehr die Frage sein. Es waren nach Regiens Berechnungen im Jahre 1904 organisiert:

Rotenieder 95,32, Bildhauer 76,50, Stultfateure 73,33, Buchdrucker und Buchbinder (Einf.) 70,45, Spinnarbeiter und Steinseher 61,20, Glaser 58,62, Lithographen und Steinbrüder 57,91, Maurer 54,30, Appreturwäcker 51,15, Handschuhmacher 48,38, Brauereiarbeiter 43,68, Föpfer 43,28, Tapezierer 43,20, Sackarbeiter 40,05, Formmieder, Gravure und Zeciente 39,14, Schiffszimmerer und Verlagsarbeiter 39,01, Buchbinder 37,15, Maler 36,19, Zimmerer 35,23, Metallarbeiter 32,97, Schmied 32,96, Holzarbeiter 31,12, Münzner 30,28, Bergarbeiter 30,21, Votter 28,31, Sattler und Portefeinler 26,41, Porzellanarbeiter 25,80, Dachbeder 25,61, Schuhmacher 23,37, Buchdruckerhilfsarbeiter 22,12, Maschinenisten und Feizer 20,36, Montblonden 20,20, Handels- und Transportarbeiter 20,12, Bergarbeiter 20,10, Tabakarbeiter und Jagartenfortier 20,03, Glasarbeiter 16,42, Federarbeiter 16,00, Zeciente 15,36, Gemeindebetriebsarbeiter 15,20, Karrierarbeiter 13,91, Schmiede 13,09, Räder 12,21, Schneider und Wäscharbeiter 11,51, Steinarbeiter 10,29, Pauschalarbeiter 10,15, Textilarbeiter 8,96, Müller 7,51, Gärtner 5,53, Barbier 5,52, Kleider 1,33, Blumen- und Federarbeiter 3,36, Handlungsgeschülten und Lagerhalter 1,61, Gastwirtsgeschülten 1,33.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Zentralverbände ist von 40 666 im Jahre 1903 auf 48 604 im vergangenen Jahre gestiegen. Das ist eine Zunahme um 7938 gegen 12 448 im Jahre 1903. Mit Rücksicht weis Regien auf die wenig befriedigenden Fortschritte in der Organisation der Arbeiterinnen hin und bemerkt:

„Wie durch den inneren Ausbau der Gewerkschaften die in den verschiedenen Arbeiter gewonnen und in der Organisation erhalten worden sind, so muß es auch gelingen, den Arbeiterinnen das volle Verständnis für die Notwendigkeit der Gewerkschaftszugehörigkeit anzuerkennen. Die Tatsache steht fest und wird durch die Ziffern der Gewerkschaftsstatistik erwiesen, daß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen unzureichend ist. Und dieses müßte genügen, um alle Gewerkschaftsmitarbeiter und besonders die leitenden Personen in den Gewerkschaften zu bewegen, auch auf diesen noch ziemlich brachliegenden Felde einige Arbeit zu verrichten, um auch hier die Früchte herausreifen zu sehen, wie es an vielen anderen Stellen, die auch wenig geeignet für gewerkschaftliche Organisationsarbeit schienen, geschehen ist.“ (Schluß folgt.)

Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. Ein entsetzlicher Unglücksfall lag einer Anlage wegen fahrlässiger Fölung zugrunde, welche den Obermeister Alois Boshkat vor die siebente Strafammer des Landgerichts I führte. Der Angeklagte ist erster Werkmeister in der Gasanstalt der „Imperial Continental Gas Association“ in der Göttdiner Straße. Am 19. Dezember v. J. vormittags ereignete sich hier ein entsetzlicher Unglücksfall. Vor den Retortenöfen befindet sich ein tiefer Schacht, auf dessen Grunde zwei sich in entgegengesetzter Richtung schnell drehende Walzen befinden. Der aus den Retorten entnommene Koks wird mittels Vorries an diesen Schacht gefahren und zwischen den Walzen zerleinert. Am 19. Dezember v. J. war der Arbeiter Gustav Sternberg mit dem Forträumen des vorbeigefallenen Koks beschäftigt. Während sich sonst um den Schacht ein eisernes Gitter befand, fehlte dieses an jenem Tage. Als glühender Koks mit Wasser abgeflücht wurde, füllte sich der ganze Raum mit Dampf. Plötzlich ertönte ein markierdäuernder Schrei. Der Arbeiter Sternberg war in den Schacht gestürzt und zwischen die beiden Mahlwalzen geraten, die seinen Körper in wenigen Sekunden zu drei zermalmeten. Der Tod trat sofort ein. Dem Angeklagten Boshkat wird die Schuld an diesem Unglücksfall zur Last gelegt, weil er das Fehlen der Schutzvorrichtung einige Minuten vor dem bemerkte und trotzdem hatte weiterarbeiten lassen. Vor Gericht bestritt B. jede Fahrlässigkeit und ließ durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwandt, nach dieser Richtung hin Beweis antreten. Der Gerichtshof hielt indeßen eine Fahrlässigkeit des Angeklagten für nachgewiesen und erkannte auf drei Tage Gefängnis. Der Verurteilte beabsichtigt hiergegen Revision einzulegen.

Chemnitz. Einen schnellen Erfolg haben die Gläubigtwärter zu verzeichnen. Dieselben reichten Ende Mai an die Direktion der Gasanstalten eine Petition ein. In derselben forderten sie einen Anfangslohn von wöchentlich 21 M., einschließlich der Probezeit (früher 3 Wochen Probezeit 19 M., dann 20 M.), steigend alljährlich um 1 M. bis zum Höchstlohn von 24 M. nach 3 Jahren. Die Arbeitszeit sollte Montags und Sonnabends in der Weise gekürzt werden, daß Montags um 7 Uhr angefangen und Sonnabends um 5 Uhr aufgehört wird.

Darauf hin erhielten sie pro Woche eine Zulage von 1 M. Auch die Stunde Montags früh wurde ihnen gewährt. Ob der Lohn nun alljährlich um 1 M. steigen soll, davon ist bisher nichts bekannt. In auch die Zulage nicht ganz so ausfallen wie sie gewünscht wurde, so sehen wir aber doch hieraus wieder, daß durch Zusammenhalt etwas zu erreichen ist und die in betracht kommenden Kollegen mögen sich das ins Gedächtnis einprägen.

Nun sollte man doch aber denken: Ist die Sache hier so glatt und schnell zu erledigen gewesen, müßte doch die Petition der übrigen Gasarbeiter, welche schon im Oktober vorigen Jahres eingereicht wurde, lange ihre Erledigung gefunden haben. Trotzdem die Lebensmittelpreise lüftig weiter steigen, und die niedrigen Löhne, die die fürferglide Stadt Chemnitz zahlt, kaum noch zureichen, um den Hunger zu stillen, rührt sich keines Stadtwaters wohlwollendes Herz. Wer ein fettes Einkommen hat, fühlt ja den Hunger der Arbeiter nicht und hat auch keine Sorgen. Es scheint bald, als sollten die Arbeiter hier eine Geduldsprobe bestehen.

Dresden. Die Bewegung für den Achtstundentag der Gasarbeiter (Feuerhausarbeiter) ist auch hier in Fluß gekommen. Nachdem in Betriebsberedungen unter den Kollegen der betreffenden Betriebe die Vorbereitungen vor sich gegangen sind, soll in der nächsten Zeit der Arbeiterausdruck den Antrag auf Einführung der Achtstundentag beim Betriebsamte der Gas-, Wasser- und elektrischen Werke einbringen. Die Maschinenisten, Feizer, Feuerleute, Schalthwärter, Kohlenfahrer usw. der Wasser- und Elektrizitätswerke haben sich diesem Vorhaben ebenfalls angeschlossen. Sie verlangen ebenfalls die Achtstundentag. Begründet ist die Forderung bei den letzteren damit, daß der Betrieb ununterbrochen aufrecht erhalten bleiben muß, die Nachtrichtanten bedeutend anstrengender sind und die Arbeitskraft viel mehr aufreiden als die Tagesarbeit. Auf die Dauer ist diese Arbeitsweise unerträglich. Es kommt noch hinzu, daß in den letzten Jahren ein ausgeprägtes Sparwesen zur Anwendung kommt, wodurch die Zahl der Arbeiter immer kleiner und die Leistungen für den einzelnen Arbeiter immer größer geworden sind.

Kalle. Auch ein „Fortschritt“. Auf die schon in dieser Zeitschrift erwähnte Eingabe der Gasarbeiter um Abschaffung der 18stündigen Wechselarbeit wurde dieselbe ab 10. Juni dergestalt umgewandelt, daß die Arbeiter bereits Sonntags morgens 6 Uhr die Arbeit aufnehmen. Von 12 Uhr bis abends 6 Uhr ist dann Pause, von welchem Zeitpunkt ab dann wieder bis Montagmorgen 6 Uhr gearbeitet wird. Das nennt dann die Welt „Reform der Arbeitszeit-einteilung“. Es ist wohl höchste Zeit, daß die halleischen Gasarbeiter gleich ihren Kollegen in den anderen Städten den Achtstundentag fordern.

Aus unserer Bewegung.

Bamberg. Mitgliederversammlung am 21. Juni. Zunächst erstattete Kollege Altwater den Bericht vom Gewerkschafts-Kongress, der mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen wurde. Darauf nahm die Versammlung Stellung zur vorliegenden Petition an die Stadtverwaltung. Die Einzelheiten wurden noch einmal alle durchberaten. Bei dieser Gelegenheit kamen wieder die überaus traurigen Verhältnisse auf dem Gaswerk zur Sprache. Es wurde auf die besseren Löhne und Arbeitsverhältnisse im städtischen Elektrizitätswerk hingewiesen und betont, daß die Stadt den Arbeitern des Gaswerks mindestens ebenso entgegenkommen kann wie den Kollegen vom Elektrizitätswerk, zumal die Gas- und Wasserwerke viel größere Nebenabfälle abwerfen. Die Löhne seien aber in diesen Betrieben noch viel geringer als in der Privatindustrie. Ja nicht einmal der ersichtliche Tagelohn, der auf nur 2,70 M. bemessen sei, werde er reicht. Es wurde lebhaft gewünscht, daß auch die Herren der Stadtverwaltung mit samt allen Stadtvätern einige Zeit mal mit 2,10 bis 2,50 M. Tagelohn bei schwerer Arbeit leben möchten. In den Wochen mit einem oder gar zwei Feiertagen werde der Lohn obendrein geliebt, so daß die Familienväter die horrenden Summen von 9 M. nach Hause bringen. Wenn alle die maßgebenden Herren mal selbst mit ihren Familien am eigenen Leibe verspürten, was das heißt, dann würden sie ihren Nebenmenschen gewiß nicht mehr zumuten, für einen solchen Schandlohn eine ganze Woche zu fronden. Für 9 M. eine Familie mit vier Kindern eine Woche zu erhalten, und jährein, jähraus mit solchem Kammergelde zu wirtschaften trotz fleißiger und schwerer Arbeit, das werde als eine Strafe, als ein Schand von den Arbeitern empfunden. Aber der Herr Direktor und die Stadtväter haben für so etwas kein Verständnis! Die Arbeiter werden von dieser Seite obendrein noch verböhmt und es wird ihnen gesagt, daß sie selber daran schuld seien, daß an Sonn- und Feiertagen nicht mehr gearbeitet werde. Man sollte allen diesen Leuten, die so reden, auch einmal den Protzfuß höher hängen an den Tagen, an denen sie nicht arbeiten. Solange die Arbeiter sich willig der Willkür des Gasmeisters unterwerfen, werde die „Wohltat“ der Sonn- und Feiertagsarbeit gewährt. Jetzt, wo die Arbeiter nicht mehr nach der Pfeife des Gasmeisters tanzen, ruht auch die Arbeit an den Feiertagen zweiter Klasse, an denen die Privatindustrie tüchtig arbeiten läßt. Die städtischen Arbeiter Bambergs nagen buchstäblich am Hungertuche. Wenn Karl Rodenlohn für einen freien Arbeiter mit Familie, das ist eine Schande, ein Hundelohn! Das haben die städtischen Arbeiter Bambergs nun satt, das kann so nicht weitergehen. Es wurde beschlossen, daß am 3. Juli eine Deputation mit dem Kollegen Altwater beim Bürgermeister vorstellig werden soll, um der Petition einen größeren Nachdruck zu verleihen. Nach Wahl der Deputation (Altwater, Tschant, Kleinlein und Jörtsch) wurde die Versammlung mit einem Appell an die Solidarität aller Kollegen und mit einem Hoch auf unseren Verband geschlossen.

Barmen. Erlaubte sich da am Mittwoch, den 17. Mai, ein Arbeiter des Schlacht- und Viehhofes Flugblätter, die zu einer allgemeinen städtischen Arbeiterversammlung einladen, an den Mauern des Viehhofes anzukleben. Es ist wohl überflüssig zu erklären, daß eine derartige Propaganda von der Verwaltung des Viehhofes nicht sehr beifällig aufgenommen wurde; daß aber die Verwaltung des Viehhofes die Entlassung des Mitarbeiter verweigert, halten wir zum mindesten für recht heillos. Die Verwaltung eines städtischen Betriebes sollte doch etwas humaner in derartigen Dingen handeln. Ober fürstet sie die Erhaltung der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeindegewerkschaft? Derartige Maßnahmen werden nicht dazu angetan sein, dies auf die Dauer zu verhindern. Wir möchten den Vorschlag machen, die vereinte Verwaltung möge sich dieserhalb bei den Verwaltungen anderer Städte erkundigen, sie wird dann finden, daß mit Gewaltmitteln die Bewegung der Gemeindegewerkschaft nicht zu unterdrücken ist.

Berlin III. Wasserwerk. Betriebsversammlung am 29. Mai 1905 in Regel. Auf der Tagesordnung stand: Die Beratungen der Forderungen für die Ausstände. Nach einer lebhaften Debatte gelangten folgende Punkte zur Annahme:

1. Antrag betreffend Arbeitszeiteinteilung.
2. Bei Neubefragung der Schicht ist nach dem Dienstalter zu verfahren.
3. Lieferung von Stiefeln zum Vorbenutzen.
4. Auszahlung des Lohnes beim Austritt des Urlaubers am Donnerstags Mittag.
5. Bessere Behandlung durch die Vorgesetzten.

6. Alle 14 Tage einen freien Sonntag für die Schicht.

7. Volle Bezahlung der Urlaubswoche, auch wenn ein Feiertag in die Woche fällt.

Zu Punkt 5 wurde besonders hervorgehoben, daß es ganz ungenügend sei und zurückgewiesen werden müsse, wenn Ausdrücke wie „Tunmer Junge“, „Fredschein“, „Halten Sie das Maul“ usw. von Seiten der Vorgesetzten gebraucht würden. Erfreulich ist die Annahme des Punktes 6, welche fast einstimmig erfolgte. Wenn auch für einige Kollegen zurzeit dadurch geringe Ausfälle an Lohn entstehen, so ist der Beschluß prinzipiell mit Freude zu begrüßen. Beschlossen wurde, die vom Magistrat gelieferten Schillerwerke (20 Stück) anzukufen.

Berlin IV. Am Freitag, den 2. Juni, fand bei Fischer in Weissenau eine sehr gut besuchte Besprechung der Arbeiter des Gaswerkes statt. Die Besprechung wurde durch den Einberufer, Kollegen Polenske, eröffnet, welcher in längeren, mit vielfach aufgenommenen Ausführungen die Entwicklung der Organisation und ihre zahlreichen Erfolge, speziell in den englischen Gasanstalten, schilderte. Pflicht der Kollegen der Anstalt Weissenau sei es, nicht nur die Früchte zu ernten, sondern auch ihr Teil dazu beizutragen, daß durch eine kraftvolle Organisation die Gewähr für den Weiterausbau der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in einem für die Arbeiter günstigen Sinne gegeben werde. Bei der Diskussion, an der sich eine Reihe Kollegen beteiligten, kam allgemein der Gedanke zum Ausdruck, daß es höchste Zeit sei, in die Reihen der organisierten Kollegen einzutreten, denn man habe in Weissenau noch Vorkriegszeit, die mit den Arbeitern umspringen, wie es ihnen beliebt; da ist z. B. der schon einmal an dieser Stelle gekennzeichnete Poplin, der sich durch rigoreuse Behandlung und gemeine Verdächtigungen der Arbeiter auszeichnet. Dieser Herr Poplin, der früher als Wasseranführer der Arbeit in weitem Maße aus dem Wege ging, er wurde trotzdem der Schlichtung des Inspektors Mehlhoff, erweist sich, einen alten Arbeiter der Unterschlagung, des Diebstahls zu beschuldigen. Wir wollen heute nicht weiter darauf eingehen, wir werden aber später einmal zeigen, wie man sich billige Löhne bauen läßt. Als Erfolg ist zu verzeichnen, daß sich sämtliche Anwärter der Organisation anboten. Jeder der Kollegen wird es nun sein, fest zu stehen, damit die neugegründete Zählstelle ein tüchtiges Glied der Organisation unter den Arbeitern der englischen Gasanstalten werde.

(Englische Gasanstalten). In der am 5. Juni stattgefundenen Versammlung erfolgte der Bericht der Ausschussmitglieder für den Außenbetrieb und den Betrieb Gießereistraße. Den Bericht für den Außenbetrieb gab Kollege Pudlat. Leider seien diesmal wenig Erfolge zu verzeichnen, so sei die Hauptforderung eines 10% Lohnzuschlages für die Rohrleger und Handwerker abgelehnt worden. Ebenso abgelehnt wurde die Forderung bei Nachtarbeit 10 Stunden zu bezahlen; in der Urlaubsfrage bleibt es beim alten, daß nur derjenige Urlaub erhält, der bis 30. September 5 Jahre tätig war. Zugelassen wurde, daß die Versammlung, welche Arbeiter-Ausgangsangelegenheiten betreffen innerhalb der Fabrik durch Anschlag bekannt gemacht werden können. Bei Punkt 2 Lohnfrage war im Ausschuss eine Debatte darüber entstanden, ob es möglich sei, an einem Tage 8 Gasmeister aufzustellen, wie dies im Revier Wilmersdorf geschehen sei. Hierzu bemerkt Pudlat, daß nach seiner Ansicht, dies dann nur auf Kosten der Güte der Arbeit geschehen könne. Herr Inspektor Mehlhoff, der als Meister in der Ausführling anwesend war, hatte nun nichts Eiligeres zu tun als im Revier Wilmersdorf diesen Vorgang gegen den Ausschuss auszuweisen, indem er den Kollegen Pudlat die Worte unterließ, die von den Wilmersdorfer Rohrlegern ausgesprochen Gasmeister ständen alle krumm und schief. Diejenigen, welche den Herrn Inspektor kennen und kennen gelernt haben, brauchen sich über diesen Herrn und seine Handlungsweise kein Urteil zu bilden, weil dies schon feststeht. Verzeichnend aber ist es, welche Mittel und Wege er anwendet, um Uneinigkeit unter den Arbeitern hervorzurufen. Seitens des Ausschusses war die Direktion gebeten worden, zur Aufklärung dieser Angelegenheit einem Vertreter in die Versammlung zu entsenden eben. Herr Inspektor Mehlhoff. Leider wurde dem Ersuchen nicht Folge gegeben. Die anwesenden Mitglieder des Ausschusses erklärten die Mithilfe der von Pudlat genannten Aussagen. Die Tätigkeit der Aufstellung von 8 Gasmeistern iraden sich die anwesenden Wilmersdorfer Rohrleger ganz im Sinne von Pudlat aus. Demnach dürfte Herr Inspektor Mehlhoff der Wilmersdorfer nicht gelingen sein. Den Bericht für die Gasglühlichtarbeiter gab Kollege Leichter. Sie haben den Erfolg zu verzeichnen, daß sie an Stelle der erst gelieferten, schlechten Regementel neue bekommen sollen. Ebenso wurde ihr längst gebeter Wunsch, im Sommer die Arbeitszeit von 6 1/2 Uhr im Winter von 7 1/2 Uhr herabzusetzen, erfüllt. Auf dem Antrage betr. die Dienstinstruktionen wurde stattgegeben. In Kurzem würde auch eine Regelung der Löhne erfolgen. Den Laternenanwärtern gelang es, die Erreichung des Hochlohntages nach 10 Jahren durchzusetzen, auch wurden einige andere Sachen auf ihrer Befriedigung geregelt. Den Bericht für den Innenbetrieb gab Hoppe. Auch hier verliefen die Verhandlungen zu Ungunsten der Arbeiter. Er verliert dann einen Vertrag zwischen der J. C. G. A. und dem Verein Hauspflege, der den Arbeitern in Krankheitsfällen in der Familie Pflege gewähren soll. Der Vertrag soll später in

einer Sitzung mit der Direktion und den Ausschüssen durchberaten werden. In der außerordentlich lebhaften Debatte, welche hierüber entstand, wurde es den Ausschußmitgliedern zur Pflicht gemacht, vor Annahme des Vertrages über die einzelnen Bestimmungen desselben in einer Versammlung über die Annahme entscheiden zu lassen. In der Angelegenheit Mehlkopf contra Ausschuß gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme. „Die heute, am 6. Juni cr. in Bliesings Saal tagende Versammlung der Arbeiter der Augenbetriebe erklärt sich mit dem Verhalten der Ausschußmitglieder einverstanden und spricht denselben ihr volles Vertrauen aus. Sie spricht ihr Bedauern darüber aus, daß seitens des Herrn Inspektors Mehlkopf irrtümliche Aussagen über die Verhandlungen gemacht wurden, die geeignet waren, das Vertrauen zu den Ausschußmitgliedern zu erschüttern.“

— (Nieder-Schöneweide.) Eine sehr gut besuchte Versammlung der Kollegen der Annonfabrik fand am 12. Juni statt. Als erster Punkt stand der Bericht der Arbeiter Ausschüsse. Weiter war auch hier die Ablehnung der meisten Forderungen zu verzeichnen. Eine rege Debatte entspann sich über den Vertrag mit dem Verein Hauspflege. Die Kollegen erklärten, denselben sei zuzustimmen, wenn von der Direktion die sämtlichen Kosten gezahlt würden. Nachdem Kollege Schmidt unter lebhaftem Beifall zu reger Mitarbeit in der Organisation aufgefordert, besonders im Hinblick auf den bevorstehenden Kampf um die Erringung des 8. resp. 9. Stundentages, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf dieses Ziel und die moderne Arbeiterbewegung.

— Engl. Gasarbeiter-Vetriebsversammlung Schöneberg am 10. Juni. Kollege Polenske sprach über den Stand der gewerkschaftlichen Organisationen im Jahre 1904. Sodann wurden Betriebsmängel zur Sprache gebracht. Unter den Mohrlegern und Helfern des Revierbureaus Schöneberg herrscht große Mißstimmung wegen Misshandlung des Mohrlegers Weidner. Dieser erhielt eines Abends noch nach 6 Uhr, da er die Waage hatte, mehrere Aufträge. Da er infolge eines rheumatischen Leidens nicht recht auf den Beinen weg kam, übergab er einige davon seinem Helfer, dem Ausschußmitglied Weidner zur selbständigen Ausführung. Er glaubte das Vertrauen in ihn setzen zu können, da Weidner in der Ziehzeit selbst als Mohrleger gearbeitet hat. Aber Weidner sah sich getäuscht, es wurde gleich wieder Gasgeruch gemeldet. Nun geschah das Unerhörte. Herr Inspektor Werner setzte Weidner zum Helfer herab und ernannte statt dessen seinen Helfer Weidner, der doch das Ganze verschuldet hat, zum Mohrleger. Da nun Weidner dem Herrn Inspektor schon immer ein Dorn im Auge war, nahm die Versammlung an, daß es sich um eine Maché desselben handelte und der Gasgeruch wohl absichtlich hinterlassen war, um Weidner zu besitzigen. Da Inspektor Werner über jede Gasgeruchsstelle Bericht erstatten muß, kann er unmöglich die Wahrheit der Direktion mitgeteilt haben, da diese seiner Zeit das Zugeständnis gemacht hat, daß weder Tegrabierung noch Lohnabhängige stattfinden sollen, wie es doch hier der Fall ist. Die Versammlung forderte Weidner auf, sich schriftlich oder persönlich an die Direktion zu wenden, daß diese der Sache auf den Grund geht. An Stelle des aus dem Betrieb sowohl wie aus dem Verband scheidenden Kollegen Mehlner wurde Kollege Jexle zum Vertrauensmann gewählt. Die Direktion will ihren Arbeitern und Angestellten eine wohltätige Keuerung bei vorkommenden Krankheiten in der Familie zulommen lassen, in dem sie Mitglieder des Vereins der Hauspflege werden sollen, stellte aber in Aussicht, daß die Arbeiter eine Kleinigkeit zuzufeuern müßten. Hierüber wurde längere Zeit diskutiert, und es gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die verammelten Arbeiter der Engländerischen Gasanstalt Schöneberg, Revier Bülowstraße und Wilmersdorf erklären sich mit dem Vertrage des Vereins Hauspflege einverstanden, wenn den Arbeitern keine Kosten dadurch entstehen, sondern die J. C. G. A. dafür aufkommt.“

Berlin X. Falsche Freunde. In der Sektion X (Dessentl. Beleuchtung) hat sich infolge des Ausscheidens eines Arbeiter-Ausschlußmitgliedes unter eigenartigen Umständen eine ziemlich Versammlungsunlust herausgestellt. Darum wurde kürzlich eine Agitationskommission gebildet, welche wieder etwas Feuer entfachen wird. Es wurden die Kollegen Desolowski, Eiß, Vergmann und Fißlaff dazu gewählt. Unter anderem wurde auch auf das eigenartige Verhalten des ehemaligen Ausschlußmitgliedes H. hingewiesen, welcher infolge Angetriebenheit von seinem besseren Arbeitsposten entfernt wurde. Er wandte sich beschwerdeführend an den Oberkontrollleur mit der Motivierung, daß er Ausschlußmitglied und Mitglied des Verbandes sei und deshalb gemahngelt werde. Die Kollegen der Dessenlischen Beleuchtung haben aber ein Interesse daran festzustellen, daß Herr H. schon seit vielen Monaten nicht mehr Mitglied des Verbandes H. er schmückt sich also mit falschen Fibern. Im übrigen ist auch gar nicht einzusehen, daß man ein Privileg haben sollte, seine Arbeit nicht ordnungsgemäß zu verrichten, wenn man Arbeiter-Ausschlußmitglied und Mitglied des Verbandes ist. Im Gegenteil! Die Verbandsmittelglieder geben stets von dem Gesichtspunkt aus, daß sie ihre Pflicht erfüllen müssen, dafür aber auch erwarten, das ihnen ihr Recht werde. Es ist noch festzustellen, daß bei der Forderung der geregelten Arbeitszeit von 7 bis 7 Uhr gerade H. sich stricke dagegen aussprach. Zum Teil verdankt man es ihm, daß die geregelte Arbeitszeit noch immer

nicht eingeführt worden ist. Der Arbeiter-Ausschluß wird demnächst einen neuen Vorstoß in dieser Angelegenheit unternehmen müssen. Dazu ist aber die volle Einigkeit unter den Kollegen unerlässliche Vorbedingung!

Berlin XII (Kieselselder). Versammlung am 4. Juni in Weisenfee. Kollege Würger sprach über den Sommerurlaub. Ueber den Beschluß, daß eine Eingabe an die arbeitsämterliche Stelle gerichtet werden soll, ist schon in Nr. 12 (Spalte 243) berichtet worden. Es wurde ferner lebhaft darüber gelaugt, daß der Magistrat die bisher an ihn gerichteten Eingaben unbeantwortet gelassen habe. Dieser Robus befriedigt indessen die Rieseltwärter sehr wenig, zumal Anlaß zu vielen Beschwerden vorliegt. Herr Inspektor Schröder sagt ganz einfach: „Ihr seid doch alle Sozialdemokraten und von euch lassen wir uns keine Daumenstrrauben ansetzen“. Derartige Redensarten zeigen aber nur, daß von einigen Beamten ein wohlwollendes Eintreten für die Arbeiter nicht zu erwarten ist.

Die allgemeinen Dienst- und Lohnverhältnisse lassen eben viel zu wünschen übrig und es wurde in der Versammlung, die sehr gut besucht war, auf die weitestlich günstigere Stellung der Charlottenburger Rieseltwärter hingewiesen. Berlin hinfie in diesen Dingen sehr weit hinter Charlottenburg her. Charlottenburg zahlte außer den übrigen Gehängen 125 Mk. Lohn und liefere ferner noch Arbeitsstiefel, die den Wärttern täglich gereinigt würden. Auf den Berliner Rieselseldern gibt es so was nicht und deshalb soll in eine energische Propaganda eingetreten werden. Es wurde beschloffen, Wanderversammlungen abzuhalten und zwar im Juli in französisch Buchholz, im August in Hohen-Schönhausen und im September in Berlin.

Berlin XV (Parlarbeiter). Sektionsversammlung am 17. Juni. Kollege Poerich hielt einen instruktiven und mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. In der Diskussion wurde auf das stete Wachstum unseres Verbandes hingewiesen und die Vorteile seines Wirkens betont. Insbesondere machte unsere Sektion erfreuliche Fortschritte. Die Versammlung machte auf alle Teilnehmer einen sehr guten Eindruck.

Brandenburg a. S. Mitgliederversammlung am 20. Mai. Unser Kartelldelegierter berichtete über das am 9. Juli stattfindende Gewerkschaftsfest, an dem sich alle Kollegen beteiligen möchten und wies dann auf die vom Kartell vertriebenen Schriften hin. Sodann wurden lebhafteste Beschwerden über das unsolidarische Verhalten eines Kollegen vorgebracht und daran erinnert, wie notwendig es ist, daß wir Arbeiter besser zusammenhalten. Ferner wurde dringend eine lebhaftere Mitarbeit gewünscht. Wenn möglich, möchte dann und wann ein Kollege an dem Fest teilgenommen werden. Nach Besprechung verschiedener interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Schluß.

Bremen. Das Fest der Fahnenweihe beging am 29. Mai unsere Verbandsfiliale im „Gesellschaftshaus des Westens“. Ein Festzug, der sich um 1 1/2 Uhr vom Spielplatz an der Nordseite nach dem Festlokal bewegte, hatte eine starke Beteiligung gefunden: reichlich 50 Deputationen von fleißigen und ausdauernden Gewerkschaften und Vereinen hatten sich mit ihren Fahnen und Bannern eingestellt. Der Zug bewegte sich durch die Wartburgstraße, St. Magnusstraße und Waller Chaussee und lodte überall dichte Mengen von Zuschauern herbei. Im Garten des Festlokals hielt Bürgerlichkeitsmitglied Rhein die Festrede. Er legte die Wechselwirkung der Bestrebungen des festgebenden Verbandes und der übrigen Arbeiterkraft, sowie die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation in der augenblicklichen Situation näher dar. Darnach wurde sich der Weisheit unter Uebergabe von Scheife, Banneliter durch die Fahnenjungfer sowie einem Fahnenmangel des Vereins würtes, sowie unter Beteiligung der erschienenen Fahnen mit Erinnerungsbändern. Der Festzug hat die Teilnehmer bei mancherlei sonstigen Veranstaltungen natürlich noch lange beisammen.

Erfurt. Mitgliederversammlung vom 27. Mai. Genosse Schnell sprach über das Thema „Versicherungswesen“. Redner legte den Anwesenden auf Grund statistischen Materials dar, daß das heutige Versicherungswesen auf Grund des immer mehr sich anhäufenden Vermögens der Lebens-Versicherungsgesellschaften mit Versicherungswerten bezeichnet werden müßte. Redner forderte die Anwesenden an Zählung seiner Ausführungen auf, sich nicht von schlagfertigen Agenten derartiger Lebens-Versicherungsgesellschaften überreden zu lassen und nicht mitzuteilen zu wollen, daß sich deren Kapital noch mehr anhäuft, da die meisten Organisationen bedeutend mehr leisten, als derartige Institutionen. Deshalb forderte Redner auch auf, an dem Ausbau der Organisation auch fernerhin rüstig tätig zu sein. Redner erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Darauf kritisierte der Vorsitzende Kollege Marx das Verhalten mancher Kollegen, welche dem Verband ohne die geringste Ursache den Rücken lehnen und gegen die Organisation in ganz gemeiner Weise arbeiten. Mit einem kräftigen Appell an die Solidarität der Kollegen forderte der Vorsitzende zu einem besseren Besuch unserer Versammlungen auf und gab zum Schluß der Pöpfung Ausdruck, daß dem Verband die Arbeit mehr erleichtert werden möge.

Erfurt. Die am 24. Juni stattgefundene Versammlung der städtischen Arbeiter und Gasarbeiter war seitens der letzteren sehr

gut besucht. Kollege G. Schäfer-Leipzig behandelte in einem einstündigen Referate die Verhandlungen und Beschlüsse des V. Deutschen Gewerkschaftskongresses. In der Debatte traten die Kollegen Wächner, Amborn und Kemmer für die Beibehaltung der Maisfeier in der bisherigen Form ein. Auch sind sie enttäuscht über den Beschluß in Sachen des Generalstreiks. Zur Unterstützung der ausgesperrten Zigarettenarbeiterinnen wurde ein dem Stande der Masse entsprechender Betrag bewilligt. Zum Schluß wurden noch Beschlüsse über das leidige Alfordsystem und über die Einbürgerung einiger Kollegen erhoben.

Gotha. Am der am 23. Juni stattgefundenen Mitglieder-versammlung referierte Kollege G. Schäfer-Leipzig über den gegenwärtigen Stand der Deutschen Gasarbeiter-Bewegung. Darauf verlas der Vorsitzende das Schreiben des Hauptvorstandes, betreffend Unterstützung der ausgesperrten Zigarettenarbeiterinnen in Dresden. Aus der Kassa wurden 10 Mk. bewilligt, welche Summe durch eine vorgenommene Sammlung auf 15 Mk. erhöht wurde.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 15. Juni. Kollege Schönberg erstattete ausführlich Bericht über den Kölner Gewerkschaftskongress. In der Diskussion spricht der Kollege Seeler sein Mißfallen über die Art und Weise aus, wie die Fragen des Generalstreiks und der Maisfeier auf dem Gewerkschaftskongress abgehandelt worden seien. Wenn man schließlich gar den Arbeitern jedes staatsbürgerliche und öffentliche Recht nehme, bleibe ihnen zur Wehr nur noch eine allgemeine Arbeitseinstellung. Darum müsse die Frage diskutiert werden. Ferner halte er die Arbeitsruhe für die würdige Form der Maisfeier. Zum mindesten hätte man aber erwarten dürfen, daß die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands sich bei der Behandlung dieser Frage der hohen Bedeutung derselben bewußt geworden seien. Dies schade ihm den Berichtern zufolge nicht immer der Fall gewesen zu sein. — Ueber die Auslegung des Regulatives für die lokale Unterstützung bei Sterbefällen der Ehefrauen der Mitglieder bezieht die Versammlung, daß für die Berechnung dieser Unterstützung die Mitgliedschaft ab 21. Mai 1912 zugrunde gelegt werden soll. Ob der Vorstand die Vollmacht bekommen soll, in besonderen Unterstützungsfällen erforderlichenfalls nach eigenem Ermessen zu verfahren, soll in der nächsten Versammlung entschieden werden. Dasselbe soll auf einen Antrag von Sorgensfrei der Fall sein inbezug auf die Verwendung des Heberbüchses vom Stiftungsfest der Mitarbeiter. Der Festausschuß wird ermächtigt, die für das am 14. Juli im Lokale Mühlenlamp stattfindende Sommerfest der Filiale (siehe Interat.) erforderlichen Hilfskräfte aus den Reihen der Verbandskollegen hinzuzuziehen.

Mainz. Die am 28. Mai stattgefundenen allgemeine Versammlung war gut besucht. Kollege G. Schäfer-Leipzig erstattete in einem 1 1/2 stündigen Referat Bericht vom V. Deutschen Gewerkschaftskongress. In gedrängter Kürze ließ er die einzelnen Verhandlungsgegenstände nebeneinander passieren. Unter anderem erwähnte er auch den Antrag der rheinisch-westfälischen Gewerkschaften, betr. Anstellung eines Beamten für Rheinland-Westfalen, dem die gerade nicht angenehme Pflicht obliegen soll, alles Material, was seitens der christlichen Agitatoren gegen die moderne Arbeiterbewegung ausgespielt wird, auf seinen wahren Gehalt zu prüfen und die Ergebnisse seiner Prüfungen den Agitationsleitern der modernen Gewerkschaften zuzustellen. Im Hinblick auf die diesbezüglichen Ausführungen des Redners erklärte ein anwesender christlich organisierter händischer Arbeiter die christlichen Gewerkschaften bezwecken gleich den anderen die Befreiung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse, was ein Hand in Handarbeiten beider Richtungen bedinge. Die Christlichen würden jedenfalls alles vermeiden, was dazu angetan sei. Das vereinte Schließen der beiden Organisationen unmöglich zu machen. Auch in Mainz hätten sich jetzt die christlich gesinnten städtischen Arbeiter zusammengefunden und ihrer Organisation angeschlossen. In den nächsten Tagen würde dem Vorsitzenden der freien Gewerkschaft der Mainzer städtischen Arbeiter ein Brief zugehen, in welchem sie (die Christlichen) diesen Ansichten Ausdruck verleihen würden. Kollege Schäfer meinte in seinem Schlußworte, daß es Fälle im gewerkschaftlichen Kampfe gebe, wo es angebracht wäre, mit den christlichen Gewerkschaften gemeinsame Sache zu machen. Es sei aber notwendig, daß man sich gegenseitig das Maß von Unterstützung zolle, wie es unter anständigen Umständen üblich sei. Wie es aber in dieser Beziehung in den „christlichen“ Organisationen aussehe, wolle er nur durch ein Beispiel illustrieren. Redner holte die Nr. 3 des „Hilfsarbeiter“, des Organs des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes und verschiedener Verufe, aus seiner Aktentasche hervor und las daraus aus einer Wiesbadener Notiz, die die Einführung der famosen Arbeitsordnung für die dortigen Gemeindearbeiter behandelte, nach folgende Schreibweise vor: „Aus diesem Anlaß hatte man sich gemeint in die Filiale Wiesbaden unseres Verbandes D. W. einen Herrn Schäfer aus Mainz als Redner verschrieben. Der gelahrte Herr erklärte in seiner Einleitung, daß man nicht von ihm erwarten solle, daß er die Versammlung mit Abstraheln abspizien wolle. . . . Was mag wohl dieser gelahrte Herr mit der Brille von Phraien verstehen. Dem gehört einmal das Gehirn mit Karbolsäure ausgespült. . . .“ Teils süßliche Heiterkeit, teils enttäuschte Wut-

riefe folgten der Verlesung dieses Produkts „christlicher“ Journalistik, das zu einem Zeitpunkte den Weg zur Öffentlichkeit gefunden hatte, als unsere Wiesbadener Kollegen mit der „christlichen“ Gewerkschaft zwecks Abwehrung der vom Wiesbadener Magistrat geschaffenen Arbeitsordnung gemeinsam operierten. Der Vorsitzende, sowie auch die Kollegen Klein, Stumpf und Stodner fertigten den „Christlichen“ gründlich ab.

Offenburg. Am 2. Juni war in der „Neuen Pfalz“ Mitglieder-versammlung, wo unser Verbandssekretär Kollege Altvater-Stuttgart über den Gewerkschaftskongress in Köln referierte. In leicht verständlicher Weise schilderte er die Verhandlungen in Köln. Es ist nur zu bedauern, daß die Arbeiter sich so wenig um Organisation bekümmern und ihre Kraft noch immer in persönlichen Zwistigkeiten zu zersplittern. Es sind nun bald vier Monate, daß wir unsere Petition an den Stadtrat einreichten, und da wäre eine starke Organisation sehr am Platze, um dieser Eingabe den nötigen Nachdruck zu verleihen. Hoffen wir, daß es endlich einmal vorwärts geht!

Hofheim. Mitgliederversammlung am 4. Juni. Kollege Altvater-Stuttgart erstattete unter großem Beifall den Bericht vom Kölner Gewerkschaftskongress. Alsdann sprach der Stadtverordnete Müller über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und ermahnte alle städtischen Arbeiter, ihr Wahlrecht gewissenhaft auszuüben und dafür zu wirken, daß die 32 Sitze im Stadtparlament der Sozialdemokratie erhalten bleiben. Die Wahlen haben inzwischen stattgefunden und ein für die Arbeiter glänzendes Resultat erzielt. Sämtliche Mandatanten der Arbeiterklasse wurden mit 1000 Stimmen Mehrheit gewählt. Hurra! Hurra! Hurra! Nachdem sich noch einige Mitglieder aufnehmen ließen, fand die gutbesuchte Versammlung ihren Schluß.

Stettin. Mitgliederversammlung am Freitag, den 5. Mai er. Zunächst wurde die Abrechnung vom ersten Quartal vorgelesen und von den Revisoren für richtig befunden. Drei Unterstützungsgeluche waren eingelaufen, deren Erledigung aber wegen des schlechten Versammlungsbesuches vertagt werden mußten. Das gleiche Schicksal hatte der Antrag Herder wegen Regelung der Unterstützungsgelder. Dann wurde vom Vorsitzenden empfohlen, Fragebogen auszufertigen und die Lohn- und Wohnungsverhältnisse genau zu ermitteln. Kollege Mathias stellt den Antrag, daß die Sektionsleiter auch an den Vorstandssitzungen allerdings ohne Entschädigung teilnehmen können, was beifolgt und beschlossen wurde. Dann wurde vom Vorsitzenden unter Zustimmung empfohlen, die nächste Versammlung in der „Gewerkschaft“ bekannt zu machen. Die schwebenden Agitationsangelegenheiten wurden bis zur nächsten Versammlung vertagt. Als Beitrag zum Gewerbedeich wurde Kollege Wollad vorgeschlagen. Das Sommerbergnügen, sowie die Abrechnung vom Stiftungsfest wurden ebenfalls bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Stettin. Sektionsversammlung der Straßenreiner am 24. Juni. Kollege Wollad sprach über die Bedeutung der Arbeiteranschlüsse. Nach Erörterung einer Reihe von Beschwerden wurde beschlossen, den Austausch zu beantragen, in aller nächster Zeit im Sinne der Kollegen bei der Direktion vorstellig zu werden und mit ihr zu verhandeln. Der Rest der Versammlung wurde mit der Erledigung der Interna ausgefüllt.

Stuttgart. Am Freitag, den 16. Juni, fand im Festsaal des Gewerkschaftshauses eine von etwa 500 städtischen Arbeitern aller Betriebe besuchte öffentliche Versammlung statt, um gegen die von der Stadtverwaltung beliebte Verschleppung ihrer Eingaben zu protestieren. Ebenso sollten die vorhandenen Mißstände aufgedeckt und die Stadtverwaltung an ihre verschiedenen Versprechungen erinnert werden. Kollege Altvater führte in fünfviertelstündigen Vorträgen etwa folgendes aus:

Der Beschluß des Gemeinderats, daß die Arbeiter nach fünf- und zehn- bzw. sechs und elfjähriger Dienstzeit drei bzw. sechs Arbeitstage Urlaub erhalten sollen, wird von verschiedenen Betriebsverhältnissen in keiner Weise eingehalten. Während einzelne derselben den Beschluß dem Sinne nach einhalten, geben andere davon aus, daß man am 1. Januar oder 1. April sechs bzw. elf Jahre hinter sich haben müsse, um urlaubsberechtigt zu sein. Wer also drei oder vier Tage oder Wochen nach dem 1. April seine sechs-jährige Wartezeit beendet, erhält also nicht einmal ein halbes, sondern erst im achten Jahre Urlaub. Man sieht, daß die Betriebsleiter einen beidenseitigen Meißel vor Gemeinderatsbeschlüssen haben. Der letzte sah vielleicht das Stadtkontrollbureau mit einer dreierartigen Auslegung hilflos zueinander erklart haben, um den Arbeitern auf einem Umwege zu entziehen, was man ihnen öffentlich zu geben gewungen hat?

Beim Elektrizitätswerk, das jedes Jahr erhebliche Heberbüchse abwirft, um lagen die Löhne der Arbeiter vor zwei Jahren um sage und schreibe 5 Pf. aufgehoben wurden, wegen für die Beamten und Bedienten ganz namhafte Summen zur Aufbesserung verwendet wurden. Die Arbeiter wünschten nun, daß ihnen bei der am 1. April d. J. erfolgten allgemeinen Lohnregelung statt 10 Pf. 15 Pf. pro Tag zugelegt würden. Allein die am 26. Januar eingereichte Eingabe ist bis heute noch nicht erledigt. Ebenso wurde der darin enthaltene Wunsch des Streckenarbeiters des Elektrizitätswerkes um eine Entfernungsgulage, da sie oft wochenlang dreiwertel-

und eine ganze Stunde vom Wohnort entfernt arbeiten, bis jetzt in keiner Weise berücksichtigt.

Für die Gasmesfnerwerkstätte wurde am 23. März eine Eingabe eingereicht, in der für die gelehrten Handwerker ein Mindesttagelohn von 4 Ml. anstatt der vorgegebenen 3,50 Ml. verlangt war. Auch über diese Eingabe ist eine Antwort noch nicht eingelaufen. Wir sehen also, daß die von der Stadtverwaltung vorigen Herbst beschlossene Lohnregulierung noch ganz bedeutende Mängel aufweist.

Ein weiterer Mangel ist die Verzögerung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn in Krankheitsfällen. Neber die Notwendigkeit dieses Punktes brauchen wir keine Worte zu verlieren. Wer die Tätigkeit der städtischen Arbeiter, die größtenteils jahraus, jahrein im Freien zu arbeiten und zu essen gezwungen sind, kennt, der weiß, daß Rheumatismus, Magen- und Darmerkrankheiten unabweislich sind. Da auch bei der oft sehr reichlichen Ueberfülle von Aufsichtspersonal eine Leistung verlangt wird, die die von einem Privatunternehmer verlangte weit übersteigt, dabei die gezahlten Löhne unmöglich ersparnisse zulassen, so ist diese Forderung zur gebieterischen Notwendigkeit geworden. Im Mai 1903 hat denn auch das Stadtschultheißenamt dem Arbeiterausschuß mitgeteilt, daß der Gemeinderat sich im Prinzip damit einverstanden erklärt habe.

Dann hörte man lange nichts mehr, bis am 5. Oktober beschloffen wurde, der Punkt solle dem Städtetag unterbreitet werden. Daß der Gemeinderat Stuttgart, der für seine niederen Beamten und Bediensteten voriges Jahr die Bestimmung getroffen hat, daß denselben das volle Gehalt auf 13 Wochen und von der 13. bis 26. Woche das halbe Gehalt garantiert wird, den Städtetag dazu braucht, es sich um die Arbeiter handelt, macht einen sehr eigentümlichen Eindruck, der von einer beschämenden Unselbständigkeit zeugt.

Andere Städte, die bedeutend kleiner sind, wie Mannheim, Freiburg i. Br., Kärth u. a., haben dies selbständig eingeführt, ganz abgesehen von großen Städten, die hier mit gutem Beispiel vorgegangen sind. Vielleicht ist die Erklärung für diesen Vorgang darin zu finden, daß Stuttgart Schwabens Hauptstadt ist. Der Einwand des Herrn Gemeinderats Stadtmann, daß die Krankentafelversicherung der Arbeiter dann zwecklos sei, wenn ihnen die Differenz bezahlt werde, klingt ganz bedeutend. Glaubt der Stuttgarter Gemeinderat, die Tausende von Rast an Krankentafelbeitragenden seien von den Arbeitern nicht auch als ein Teil ihres Arbeitslohnes zu betrachten? Wir würden es selbstverständlich mit Freuden begrüßen, wenn die Stadtverwaltung die Lohnbegleichung in Krankheitsfällen in solchem Umfange einführen würde, daß den reichsrechtlichen Vorschriften genügt und damit unsere Betriebskrankentafel überflüssig würde. Da aber dies nicht zu hoffen ist, sollte das Schicksal dem Herrn Stadtmann ein wenig beschleunigt werden. Es ist hoch an der Zeit, daß mit den endlosen Erhebungen, Untersuchungen und Vorbereitungen Schluß gemacht und ein definitiver Beschluß gefaßt wird, wenn die Arbeiter nicht zu der Ueberzeugung kommen sollen, daß hier absichtliche Verschleppungs-politik vorliegt. Der Einführung einer „Abteilung für Arbeiterangelegenheiten“ sollte laut Beschluß vom vergangenen Herbst n ä h e r g e t r e t e n werden. Diefelbe muß jedoch damals sehr weit weg gewesen sein, weil sie bis heute noch nicht zu erreichen war.

Wer die Straßmit einzelner Inspektionen, die Verrechnungsjacht einzelner Betriebsvorstände und die Herrschucht der niederen Vorgesetzten kennt wie wir, der weiß, daß die vorgezeichnete Bescheidensinstanz, das Stadtschultheißenamt, das zudem für den Arbeiter in unerreichtbarer Höhe thronet, die Bescheidensinstanz aus Mangel an Zeit unmöglich mit der Gründlichkeit erledigen kann, die im Interesse des Arbeitsverhältnisses notwendig ist. Dies wissen auch die Betriebsvorstände und ist es daher nicht verwunderlich, daß Bescheidensinstanz nicht mehr eingereicht werden, sondern nur gesammelt und von Zeit zu Zeit der Essentialität übergeben werden.

Der vorhandene Arbeiterausschuß, unter lässlichen Verhältnissen auf Grund veralteter Bestimmungen gewählt und mit völlig unzulänglichen Befugnissen ausgestattet, ist nicht mehr imstande, sich auch nur halbwegs des Vertrauens der Arbeiterschaft zu erlangen, was allerdings vom Agitationsstandpunkt aus nicht besonders bedauerlich ist.

Eine von demselben im Herbst eingereichte Reorganisations-eingabe harret heute noch ihrer Erledigung. Als am 1. April die Eingemündung Cannstatts vollzogen wurde, wurden ohne weitere Rücksicht die dortigen Beamten und Interbediensteten in die jeweils für Stuttgart geltenden Gehalts-sätze eingewiesen. Der damalige Zweifel, ob dies eben so rasch bei den Arbeitern ginge, hat sich vollumfänglich bestätigt, indem bis dato diese Einrichtung nicht stattgefunden hat. Tagelang wurde selbstverständ-lich nicht veräußert, den Arbeitern bei verschiedenen Anlässen die übernommenen Pflichten zu Gemüte zu führen. Das Stadtschultheißenamt kann doch wohl nicht der Meinung sein, daß, weil die Arbeiter bedeutend niedrigere Löhne beziehen wie ihre Vorgesetzten, sei die Einrichtung weniger dringlich.

Ein weiterer Beweis für die Muffensucht der städtischen Musterbetriebe ist auch der Umstand, daß die Cannstatter Arbeiter auf Grund der Stuttgarter Arbeitsordnung übernommen wurden, aber bis heute noch kein Exemplar derselben zu Gesicht bekommen, was übrigens auch für die in letzter Zeit in Stuttgart eingeschickten Arbeiter zutrifft.

Eine vom Arbeiterausschuß im Anfang März dieses Jahres eingereichte Eingabe nebst Arbeitsordnungsentwurf, die Abänderung der bisher gültigen Arbeitsordnung vom 1. Juli 1898 betreffend, hat bis heute noch nichts von sich hören lassen.

Wenn es sich darum handelt, Volksfestangelegenheiten zu regeln, so ist der Gemeinderat sofort bereit, eine Kommission und drei Unterkommissionen zu wählen. Bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse von 1400 oder mehr städtischen Arbeitern aber tritt eine Langsamkeit der Verhandlung ein, wie man kaum für möglich halten sollte.

Sollen diese unhaltbaren Zustände andere werden, so müssen allerdings auch die städtischen Arbeiter regamer sein als bisher. Ist es auch gelungen, 950 Kollegen in der Organisation zu vereinigen, so ist doch jeder Arbeiter verpflichtet, dafür zu sorgen, daß auch der letzte organisationsfähige Mann sich dem Verband anschließt. Sie mögen sich die paar älteren Kollegen vom Straßend- bau, denen der nicht steigerungsfähige Lohn von 3 Ml. verweigert wurde, als warnendes Exempel dienen lassen. Nicht nur hinterm Viertisch räsonnieren, sondern selbst helfen mit arbeiten und auch einen Teil der Pflichten übernehmen, damit die Zustände verbessert und die städtischen Arbeiterverhältnisse auf eine rechtliche Stellung gebracht werden können, das ist die vornehmste Aufgabe jedes städtischen Arbeiters.

Tarum hinein in die Organisation! Lauter Beifall am Schluß bezugte, daß die Anwesenden mit dem Referenten einverstanden waren. Auch die Diskussion bestätigte die Ausführungen und brachte noch eine Menge kleiner Beschwerden zur allgemeinen Kenntnis. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute im Festsaal des Gewerkschaftshauses tagende öffentliche Versammlung der Gemeindegewerkschaften Stuttgart erklärt sich nach Kenntnisnahme der Ausführungen des Referenten Kollegen Altvater mit diesem in jeder Beziehung einverstanden. Die Versammlung drückt ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß seitens der Stadtverwaltung den Anträgen und Wünschen der Gemeindegewerkschaften so geringe Beachtung geschenkt wird. Die Versammlung beauftragt in Erwägung dessen den Arbeiterausschuß, umgehend nochmals um Beschleunigung der schwebenden Angelegenheiten nach-zufordern. Insbesondere hält die Versammlung die Erledigung folgender Anträge für dringend:

1. Einheitliche Regelung der Urlaubsbefrage.
2. Begleichung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn in Krankheitsfällen.
3. Beschaffung einer „Abteilung des Gemeinderats für Arbeiterangelegenheiten“.
4. Einführung eines Lohnstarifs unter Zugrundelegung eines Mindesttagelohnes von 4 Ml. für vollleistungsfähige Handwerker.
5. Einführung des achttagigen Zahltages.
6. Ausgabe des neuen Statuts für den Arbeiterausschuß.
7. Aderweitige Einteilung der Mannschaften der Latrinenv- verwaltung unter möglichster Berücksichtigung der Wohnstätte des Arbeiters.
8. Vorläufige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Cannstatter Arbeiter nach den für Stuttgart geltenden Be- stimmungen.

Die versammelten Gemeindegewerkschaften beugen die Erwartung, daß die bereits früher gemachten diesbezüglichen Verprechungen nunmehr eingelöst werden, bezw. daß die notwendigen Erhebungen nunmehr abgeschlossen sind, sodas der endgültigen Erledigung nichts mehr im Wege steht.

Mit dem weiteren Verfolg der vorstehenden Punkte wird außer dem Arbeiterausschuß die Ortsverwaltung des Verbandes beauftragt.“

Wiesbaden. Mitgliederversammlung am 28. Mai. Der verlesene Massenbericht vom 1. Quartal ergab 863,75 Ml. Einnahme, 209,14 Ml. Ausgabe; ferner an die Hauptkasse gesandt 356,60 Ml. und einen Bestand von 304,01 Ml. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 263. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Decharge erteilt. Zu Schriftführern werden die Kollegen Bruch und Schillinghaus gewählt. Für den ersten Vorsitzenden und den Kassierer wurden je 15 Ml. Entschädigung für ihre Pläne bewilligt. Nach Wahl der Ver- einigungs-kommission zum Stiftungsfest am 9. Juli erstattete Kollege Altvater Stuttgart Bericht vom Gewerkschaftslongreg, dem sich eine lebhafteste Diskussion anschloß. Damit fand die Versammlung ihren Schluß.

Aus den Stadtparlamenten.

Berlin. Ein Arbeiter des städtischen Schlachthofes war nach etwa einjähriger Beschäftigung plötzlich entlassen worden, und zwar mit der Begründung, daß er vorbestraft sei. Nachdem der Stadtverordnete Genosse Hoffmann bei der Beratung des Gats über diese Entlassung Beschwerde geführt hatte, ist vom Magistrat nunmehr beschlossen worden, den Mann für eine andere Tätigkeit wieder anzustellen. Am 27. Mai hat der Ausschuss von diesem Beschluß Mitteilung erhalten. Das Kuratorium trat diesem Beschluß einstimmig bei und

Beschloß außerdem, daß von Arbeitern, die dauernd eingestellt werden sollen, auch weiterhin ein Führungsattest zu verlangen ist. Doch soll auf weit zurückliegende Vorstrafen, die wegen Bagatelldelikten erkannt worden sind, billige Rücksicht genommen werden. Die Atteste sollen in solchen Fällen aber sofort bei der dauernden Einstellung verlangt werden, eine Anordnung, die von einem neuen Inspektor aus Unkenntnis bisher nicht befolgt worden ist. Bedauerlicherweise wurde dem betr. Kollegen eine wesentlich schlechtere Arbeitsstelle zugewiesen, als er vorher bekleidet hatte.

Gera (M. J. L.). In der Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums vom 10. Juni kam es über die Vorlage des Stadtrates betr. Fortzahlung des Lohnes an die im Gas- und Wasserwerk beschäftigten Arbeiter während unverschuldeter Arbeitsverhinderung zu einer erregten Debatte. Der Stadtrat will die Differenz nur auf die Dauer von fünf Wochen auszahlen. Damit seien „die Bestimmungen des § 116 des R. G. B. hinreichend erschöpft“. Doch die Stadtverordneten waren anderer Meinung. Stadtv. Kötticher beantragte, in Krankheitsfällen den Lohn bei 3-jähriger Dienstzeit drei Wochen lang, bei einer Dienstzeit von 4-6 Jahren vier Wochen, 7-9 Jahren fünf Wochen, 10-12 Jahren acht Wochen, 13-15 Jahren zehn Wochen und über 15 Jahre dreizehn Wochen fortzugewähren. Nachdem sich die Herren Dr. Schlotter, Leven (Soz.) und der Vorsitzende Nischke gegen die Vorlage gewandt hatten, Herr Stadtrat Vrahmann, der dieselbe verteidigte, von einer „Kränke auf Krankheit“, von der „Sprich wörtlich gewordenen Montagstrankheit“ gesprochen hatte, wurde ein Antrag Leven-Nischke auf Kommissionsberatung angenommen.

Halle a. S. Stadtverordnetenversammlung vom 19. Juni 1906. Von den Eingängen ist eine Petition der Gärtner zu erwähnen. Der Zweigverein Halle des Deutschen Gärtnervereins beschwert sich in einer Petition über den städtischen Gartenbauinspektor Strieler. Es wird gewünscht, dem Gartenbauinspektor die Beschäftigung von Lehrlingen zu untersagen; ferner soll den in der Stadtgärtnerei Beschäftigten verboten werden, für Private Arbeiten zu verrichten. Da dem Magistrat eine gleiche Petition nicht zugegangen ist, wird ihm die vorliegende zur Kenntnisnahme und zur weiteren Klärstellung überwiesen.

Ueber die Bewilligung von Urlaub an die nicht pensionsberechtigten städtischen Bediensteten referierte Stadtv. Engelke. Bedner teilt mit, daß die zur Vorberatung eingesetzte gemischte Kommission sich dahingehend schlüssig gemacht habe, daß bereits vom laufenden Jahr ab denjenigen nicht beamteten Bediensteten der Stadt, welche das 25. Lebensjahr vollendet und mindestens fünf Jahre lang dauernde Beschäftigung im Dienste der Stadt gehabt haben, ein Sommerurlaub von einer Woche mit Fortzahlung des Lohnes unter der Bedingung gewährt werden möge, daß die zeitliche Bestimmung des Urlaubs nach den Bedürfnissen des Betriebs, jedoch unter möglicher Berücksichtigung geltend gemachter Wünsche der Verwaltung vorbehalten bleibt, dieser aber außerdem die Befugnis erteilt wird, für Arbeiter, die einen besonders anstrengenden, gesundheitlichen Gefahren ausgesetzten Dienst zu verrichten haben, eine angemessene Verlängerung der Urlaubszeit eintreten zu lassen.

Nach einer Mitteilung werden danach von 731 in städtischen Betrieben Beschäftigten 232 und von 143 Bureauhilfsarbeitern 29 Anspruch auf Urlaub haben und dadurch etwa 4400 Mt. Kosten verursacht werden.

Stadt, Eberburg: Die Vorlage ist nicht in dem Sinne ausgefallen, wie es zu wünschen war. Was soll es denn für einen Zweck haben, daß jemand erst 25 Jahre alt sein muß, bevor er Urlaub erhält? Auch die Wartezeit von fünf Jahren ist nicht angebracht. Ist jemand ein Jahr in dem Betriebe beschäftigt, dann soll man ihm Urlaub gewähren. Bedenke man doch, unter welchen viel günstigeren Verhältnissen die hohen und höchsten Beamten Urlaub erhalten. Die Stadt Halle hinlt in sozialpolitischer Beziehung immer hinten nach. Mit der Bewilligung des Urlaubs ist noch lange nicht alles getan. Es gibt hier noch Manufakturbeiter, die für Nachtarbeit unter schwierigen Umständen 28 Pfennig Lohn pro Stunde erhalten. Der Lohn muß erhöht werden, und an Stelle des Stundenlohnes sollte ein Wochenlohn eingeführt werden. Halle möge in der Arbeiterfürsorge einmal einen Schritt vorwärts gehen, weshalb zu beantragen sei, das Lebensalter von 25 Jahren nicht mit zu berücksichtigen und die Karenzzeit von fünf Jahren auf ein Jahr herabzusetzen. Ferner beantragt Bedner, dem Magistrat zu erlauben, dem Kollegium alljährlich eine Uebersicht vorzulegen, wie viele und welche Gattungen von Arbeitern einen längeren Urlaub als eine Woche erhalten haben.

Bürgermeister v. Holly gibt zu, daß manche Städte auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge Halle voraus sind. Der Magistrat sei daran aber nicht schuld, denn er habe wiederholt entsprechende Anregungen gegeben. Wo man nun aber jetzt auf dem besten Wege ist, etwas zu tun, da möge man doch nicht gleich wieder mäkeln und dadurch den Freunden der Vorlage die Freude an der Mitarbeit verderben. Die Altersstufe von 25 Jahren bei Beginn des Urlaubs ist sehr berechtigt. In anderen Betrieben erhalten die ganz jungen Leute auch keinen Urlaub. Bei der Jugend ist immer noch „Hrudenche Kraft“ vorhanden. Später könne man event. mehr bieten. Ein Nachweis, wie er vom Stadtv. Eberburg verlangt wurde, könne gegeben werden. Stadtv. Hiele tritt für die Anträge Eberburgs ein, die auch er in der Vorberatungskommission gestellt habe. Die Festsetzung des Lebensalters von 25 Jahren bei dem Beginn des Urlaubs sei unge-

recht. Mindestens sollte man bei den Arbeitern, die in der Gasanstalt vor dem Feuer arbeiten, von der fünfjährigen Dienstzeit und von den 25 Jahren Abstand nehmen und ihnen mehr als eine Woche Urlaub geben. Man müsse auch berücksichtigen, daß der Urlaub kräftig und lust und Liebe zur Arbeit hebt.

Die Versammlung lehnte aber die Anträge Eberburgs ab und stimmte der Magistratsvorlage zu.

Zur Altersversorgung der nicht pensionsberechtigten städtischen Bediensteten schlug Stadtv. Dr. Steil vor, die Angelegenheit der gemischten Ferienkommission zu überweisen. Die Versammlung ist damit einverstanden. -- Stadtv. Eberburg regt an, das nunmehr gesammelte neue Material auch den Stadtverordneten wieder zugänglich zu machen. -- Das soll geschehen. -- Diese Vorlage hat die städtischen Behörden wiederholt seit Jahren beschäftigt. Jedemal erschien mehrere Monate vor den Stadtverordnetenwahlen dieser Arbeiterfürsorge-Geschäftswurf auf der Bildfläche, wurde dann in mehreren Kommissionen herumgepeitscht und, nachdem die Wahlen vorüber waren, auf „günstigere Zeiten“ verlagert. -- Echl liberal.

Königsberg i. Pr. Von seinen eigenen Genossen im Stiche gelassen wurde am 4. Juni im Stadtparlament der freisinnige Stadtverordnete Griebich, der Parodearbeiter des Freisinn, als er den Antrag stellte, den städtischen Arbeitern einen Mindestlohn von 30 Pfennig pro Stunde zu geben. Dieser Lohnsatz erschien den meisten freisinnigen Stadtvätern als zu hoch, und sie stimmten den Antrag ihres „Freundes“ nieder. Im November 1903 stellten unsere Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung den regelrechten Antrag, den städtischen Arbeitern einen Mindestlohn von 30 Pf pro Stunde zu geben. Der Antrag war notwendig, weil viele städtische Arbeiter bedeutend unter diesem Lohnsatz litten. Der Antrag wurde dem Magistrat zur Erwägung und Rückäuferung überwiesen und schon am 4. Juni 1906 erteilte der Magistrat die Antwort darauf: sie lautete selbstverständlich auf Ablehnung des Antrages, da die Stadt angeblich immer noch bessere Löhne den ungelerten Arbeitern zähle wie die größten Königsberger Industriellen und die Staatsbahn. Herr Griebich, der freisinnige Musterknecht, selber ein städtischer Arbeiter, ergriff den Moment und brachte den sozialdemokratischen Antrag wieder ein. Aber seine freisinnigen „Große“ unterließen ihm dabei. Keiner seiner Freunde öffnete den Mund, um ihm und allen städtischen Arbeitern beizustehen. -- nein, das überließen sie den Sozialdemokraten. Diese traten selbstverständlich für den Antrag ein, allerdings ohne Erfolg, nur etwa fünf bürgerliche Stadtverordnete stimmten für den Antrag. Er fiel, die Liberalen bereiteten ihm ein großes Begräbnis. Das wird sie selbstverständlich nicht hindern, sich als die großen Arbeiterfreunde hinzustellen, aber wir glauben, dieser Vorgang wird auch dem letzten freisinnigen Arbeiter gezeigt haben, daß er von dieser Partei nichts zu erwarten hat.

Kostspielig waren die Sprünge des Oberbürgermeisters Korte bei der Verteidigung des Standpunktes des Magistrats. Als ein sozialdemokratischer Stadtverordneter meinte, man sollte sich schämen, einen Vergleich mit der Staatsbahn zu ziehen, da diese Löhne von 1,70 bis 1,40 Mt. pro Tag, also Hungerlöhne zähle, wies er das mit Entschiedenheit zurück. Er meinte, es müsse dagegen Protest eingelegt werden, der Staat zahle keine Hungerlöhne, da der Eisenbahnminister in väterlicher Weise für seine Angestellten sorge. Herr Korte ist Herrenhausmitglied und als solches fühlte er sich natürlich für verpflichtet, den preussischen Staat zu schützen, aber den Beweis, daß der Staat keine Hungerlöhne zähle, blieb er schuldig.

Herr Korte mußte ja nun zugeben, daß die jetzigen Mindestlöhne nicht zum Unterhalt einer Familie ausreichen, aber wozu? -- den denn die Männer -- Frauen? -- Diese mögen mir richtig mitreden und dann kann man sagen, so fährt er an, daß der städtische Arbeiter sich nicht nur schlecht, sondern „relativ gut“ habe. Es spräche übrigens das auch dem sozialen und nationalen Empfinden des Volkes, und „meine Herren“, so rief er aus, „unser Frauen arbeiten auch mit“. Es schadet der Arbeiterfrau gar nichts, wenn sie aufwartestellen und so weiter annimmt. Als er all das verzapft hatte, beschloß Herr Korte doch noch den Mut zu fassen, daß die Stadt ein guter Arbeitgeber und vorbildlich sein müsse. Es dürfte ihm nie ein berechtigter Vorwurf gemacht werden können. Und zu allem fanden die „Kucheln“ des Freisinn I in Korte, ihre Arbeitserfreundlichkeit war plöblich, wo sie notwendig gebraucht wurde, abhanden gekommen. Sie dieben stumm und stimmten den Antrag ihres eigenen Gesinnungsgenossen nieder.

So bringt auch ein Streikbrecher es zu was!

James Parley, der Streikbrecher.

In der „Times“ veröffentlicht ein Amerikaner eine Charakteristik eines seiner Landsleute, der einen neuen Beruf, den des Streikbrechers, erlernt hat. Vor wenigen Jahren sah dieser Mann, James Parley, mangels anderer Beschäftigung sich genötigt, bei einem Anstande in Brooklyn mit mehreren Streikbrechern zu arbeiten. Dadurch kam er auf den Gedanken, daß in den Vereinigten Staaten fehlende Nachfrage nach solchen Arbeitern herrsche, und suchte durch die Welt zu gehen. Er sagte sich, daß der Mann, der hier Angebot und Nachfrage vermitteln konnte, ein schönes Geschäft machen

würde. Er knüpfte daher Verbindungen mit Leuten an, die bereit waren, da einzutreten, wo den Unternehmern die Arbeiter weglichen. Heute ist sein Betrieb bereits so groß, daß man die Zahl der auf seinen Reisen geführten Leute auf 40000 schätzt. Sein Hauptfeld sind die Verkehrsindustrien. Bei dem Ausstand der Newyorker Hoch- und Untergrundbahn wurde sein Verfahren offenkundig. Eine gewisse Spannung war dem Ausstand vorangegangen, was die Interborough Rapid Transit Company veranlaßte, Farley telegraphisch zu berufen und ihm anschnaderzujagen, daß nicht nur Arbeiter, sondern auch gewisse Motorfahrer, Zugführer, Signalbediente, Elektriker, Maschinenarbeiter, ferner Fahrkartenverkäufer, Wagenputzer usw. gebraucht würden. Farley sollte in drei Wochen seine Leute bereit haben. Und er machte die Sache. Es war zu später Abendstunde, als der Gewerksverein beschloß, das Personal der Gesellschaft habe um 4 Uhr morgens den Ausstand zu beginnen. Einige Stunden vorher schon hatte Farley in der Nähe der Zentralfstation des Betriebes eine sorgfältig nach ihren besonderen Eigenschaften eingeteilte Erziehungsmannschaft zusammengebracht und für deren Unterkunft, Ernährung und Ausrüstung gesorgt. In der Stunde, wo die bisherigen Arbeiter weggingen, wurde fast jeder verlassene Posten besetzt, und nach drei Tagen war die Niederlage der Ausständigen entschieden. Während des Ausstandes beherrschte Farley die Bahnen vollständig; sogar der Präsident der Gesellschaft wagte nicht, in seine Anordnungen hineinzureden. Bei den Gewerksvereinen war ein so mächtiger Gegner natürlich nicht beliebt. Da er jedoch seine Operationen aus einem stillen Geschäftskraum leitet und nicht öffentlich auftritt, so ist er kaum persönlich bekannt und darf sich unter jede Volksmenge wagen. Allein an Mut fehlt es ihm nicht. In Cleveland erhielt er einen Schuß, die Kugel stüt noch in seinem Körper; an anderen Orten wurde er mit Messerstichen bearbeitet. Wenn seine Leute ins Gedränge geraten, kann man sich darauf verlassen, daß er ihnen beisteht. In Richmond brach er sich Bahn durch einen Volkshaufen, um seinen Leuten zu helfen, die auf einen Wagen angegriffen wurden. Nach fünfjähriger Tätigkeit ist Farley ein wohlhabender Mann. Wenn die Geschäfte ihm Mühe lassen, wohnt er auf dem Lande und bewirtschaftet seine Farm mit Schafzucht und Vollerziehungen. Gegenwärtig ist er beim Ausstand der Chicagoer Fuhrleute tätig.

Verbandsteil.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes betreffend eine Urabstimmung auf Aenderung des § 10 unseres Verbandsstatuts.

Berlin, den 1. Juli 1906.

Werte Verbandskollegen!

Auf Grund der Bestimmungen des § 7, Absatz 6 des Verbandsstatuts beantragt der Verbandsvorstand, dem § 10 unseres Statuts, welcher den Verbandstag behandelt, Absatz 3 und 4 folgende Fassung geben zu wollen:

„Jeder Wahlbezirk wählt für je 250 zahlende Mitglieder einen Delegierten; ist die Zahl der Mitglieder nicht durch 250 teilbar, so ist für die überschüssende Zahl, wenn dieselbe 150 oder mehr beträgt, ein weiterer Delegierter zu wählen.“

Die Wahlbezirke sind so zu bilden, daß kein Wahlbezirk mehr als einen Delegierten zu wählen hat. Ausgenommen hiervon sind die Filialen, welche mehr als 250 Mitglieder haben.“

Weber die beantragte Aenderung soll eine

Urabstimmung

entscheiden.

Die Urabstimmung ist seitens der Filialen nach Beschluß des Verbandsvorstandes im Monat Oktober 1906 in einer geschlossenen Mitgliederversammlung vorzunehmen.

Das Resultat der Urabstimmung soll bis spätestens zum 6. November 1906 dem Verbandsvorstande unterbreitet sein. Entsprechende Urabstimmungsprotokolle erhalten die Filialvorstände rechtzeitig zugestellt.

Begründung.

Das gegenwärtig geltende Verbandsstatut bestimmt in seinem § 10, Absatz 3, bezüglich des Verbandstages, daß auf je 150 zahlende Mitglieder ein Delegierter zu wählen sei. Nach dieser Bestimmung würden, falls der Verbandstag schon jetzt stattfinden sollte, 74 Delegierte zu wählen sein. Der nächste Verbandstag findet 1906 statt, und zwar hat der Verbandsvorstand beschlossen, diesen zum 28. Mai und folgende Tage einzuberufen.

Nimmt nun der Verband auch in der kommenden Zeit dieselbe Entwicklung wie bisher, welches mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen ist, so würden dann ungefähr 91 Delegierte zu wählen sein.

Auf dem letzten Verbandstage, der nur 3 Tage dauerte, kostete jeder Delegierte dem Verband durchschnittlich 75,70 Mk. Der kommende Verbandstag wird mindestens 5 Tage in Anspruch nehmen, da der vorliegende Arbeitsstoff sich in weniger Tagen nicht bewältigen läßt. Bei fünf tägiger Dauer würde jeder Teilnehmer durchschnittlich 120 Mk. kosten, so daß der Verbandstag 91 120 = 10920 Mk. an Unkosten verursachen würde. Die Finanzverhältnisse unseres Ver-

bandes können als besonders gut nicht bezeichnet werden und fragt es sich daher aus diesem und noch anderen Gründen, ob sich eine derartig bedeutende Ausgabe ohne weiteres rechtfertigen läßt. Wenn wir auch die Bedeutung des Verbandstages keineswegs unterschätzen wollen, so ist die in Betracht kommende Ausgabe doch von solcher Höhe, daß sie bei unserer Finanzlage erheblich ins Gewicht fällt.

Der Verbandsvorstand hat daher die Frage ventilirt, ob angesichts dieser Umstände nicht die Ausschreibung einer Ertragssteuer, etwa in der Höhe von 50 Pf. pro Mitglied, am Platze wäre. Nach reiflicher Ueberlegung ist er jedoch zu der Ansicht gelangt, hiervon zunächst Abstand zu nehmen und den Verbandskollegen Reduzierung der Delegiertenzahl in Vorschlag zu bringen. Zu diesem Vorschlag gelangte der Verbandsvorstand auch deshalb besonders, weil andere Verbände, die ungefähr dieselbe Größe haben wie wir, lange nicht soviel Delegierte zu ihren Verbandstagen entsenden. So schicken z. B. die Ruchbinder auf 300, die Frauereineiter auf 400, die Maler auf 250, die Tabakarbeiter auf 300 und die Sagenarbeiter auf 500 Mitglieder einen Delegierten; wir dagegen senden bereits auf 150 Mitglieder einen Vertreter zum Verbandstage. — Diese Bestimmung wurde bekanntlich auf der letzten Generalversammlung statutarisch festgelegt. Damals hatten wir aber erst 7550 Mitglieder und niemand nahm wohl an, daß unser Verband es in weiteren 2 1/2 Jahren bis auf 16000 Mitglieder bringen würde, weshalb die fragliche Bestimmung auch heute nicht mehr gut haltbar ist. Vemerken möchten wir noch, daß einige Filialen unseres Verbandes die Unhaltbarkeit dieser Bestimmung auch ohne unsere Anträge schon eingesehen und daher dem Verbandsvorstande bereits Anregungen auf Aenderung derselben zugehen ließen. Sie wünschen, daß auf je 300 resp. 350 Mitglieder ein Delegierter kommen soll. Der Verbandsvorstand hat es jedoch für richtiger gehalten, nicht so hoch hinaufzugehen und deshalb 250 Mitglieder für je einen Delegierten in Vorschlag gebracht. Sollten die Verbandskollegen die Anträge des Verbandsvorstandes akzeptieren, so würden dadurch dem Verbande ungefähr 4000 Mk. weniger an Unkosten entstehen. Es kämen dann an 55 Delegierte in Frage, die 6900 Mk. an Unkosten verursachen würden.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Verbandskollegen die Gründe, welche den Verbandsvorstand veranlaßten, ihnen diesen Antrag zu unterbreiten, als richtig anerkennen und daher der Vorlage ihre Zustimmung erteilen werden.

Für den Verbandsvorstand:
Bruno Pörsch.

Quittung der Hauptkasse.

Für das 2. Quartal 1906 gingen an Beiträgen ein: Hamburg 1. Rate 800,— Mk., Leipzig 2. Rate 200,— Mk., 3. Rate 200,— Mk., Bwidau 53,14 Mk. Ferner gingen im Juni ein: Sonstige Einnahme durch Kollegen Strunt 14,05 Mk.

Ron Einzelmittgliedern: Nr. 25102 2,— Mk., Nr. 25113 1,— Mk.

Nr. 30162	2,70 Mk.	Nr. 30187	1,— Mk.	Nr. 32584	1,— Mk.
Nr. 33130	1,00 Mk.	Nr. 33135	2,50 Mk.	Nr. 33148	5,— Mk.
Nr. 33150	2,— Mk.	Nr. 33152	21,— Mk.	Nr. 33596	3,— Mk.
Nr. 33954	2,70 Mk.	Nr. 33971	1,— Mk.	Nr. 36237	1,— Mk.
Nr. 37670	2,70 Mk.	Nr. 37672	2,70 Mk.	Nr. 37674	4,— Mk.
Nr. 37677	2,80 Mk.	Nr. 37682	4,20 Mk.	Nr. 37685	2,10 Mk.
Nr. 37689	3,20 Mk.	Nr. 37691	2,40 Mk.	Nr. 37693	5,— Mk.
Nr. 37699	2,20 Mk.	Nr. 39862	2,05 Mk.	Nr. 39867	5,— Mk.
Nr. 39896	1,— Mk.	Nr. 42213	2,50 Mk.	Nr. 42214	4,20 Mk.
Nr. 42215	4,20 Mk.	Nr. 42216	8,40 Mk.	Nr. 42217	3,40 Mk.
Nr. 42218	3,20 Mk.	Nr. 42219	4,85 Mk.	Nr. 42220	3,40 Mk.
Nr. 42221	4,20 Mk.	Nr. 42222	2,10 Mk.	Nr. 42223	4,85 Mk.
Nr. 42224	4,20 Mk.	Nr. 42225	3,20 Mk.	Nr. 42226	4,20 Mk.
Nr. 42227	3,20 Mk.	Nr. 42228	4,20 Mk.		

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter gingen ein:

Ort	Aus der Filialkasse	Durch Sammellisten
Hamburg	—,— Mk.	6,25 Mk.
Berlin (Zweigbureau)	—,— "	14,45 "
Erfurt	10,— "	— "
Gotha	10,— "	5,20 "
Rainz	—,— "	30,— "
Bwidau	—,— "	4,16 "
Summa	20,— Mk.	60,06 Mk.

Zusammen 80,06 Mk.

G. A h m a n n, Hauptkassierer.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Im Verlage von Paul Zuercher, Stuttgart, erdienen registriert: „Die Neue Zeit“, „Die Gleichheit“, „Dokumente des Sozialismus“, „Der wahre Jakob“, „Süddeutscher Postillon“, Verlag von M. Ernst, München. „In freien Stunden“, Wochenchrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. (Verlag Vorwärts.)

„Die Gewerkschaft“ erscheint alle 14 Tage freitags und ist durch die Post unter Nr. 3164 der Postzeitungsliste zu beziehen. Der Bezugspreis für das Vierteljahr ist 2 Mk. (ohne Postgeld). — Anzeigen kosten die vierspaltige Bettzeile 0,40 Mk., bei Wiederholungen billiger. Für Verbands-Filialen und Mitglieder 0,15 Mk netto.

Totenliste des Verbandes.

Ottomar Haugk, Leipzig
† 8. Mai 1905, 39 Jahr

Joh. Hägele, Stuttgart
† 5. Juni 1905, 57 Jahr

Johann Hüsch, Nürnberg
† 10. Juni 1905, 46 Jahr

Wilh. Balkhorn, Hamburg
† 20. Juni 1905, 29 Jahr

Joh. Behringer, Fürth i. B.
† 23. Juni 1905, 49 Jahr

Hermann Zietlow, Berlin
Sektion II
† 26. Juni 1905, 48 Jahr

H. Mundt, Hamburg
† 26. Juni 1905

Otto Weierhahn, Elberfeld
† 27. Juni 1905, 47 Jahr

Ehre ihrem Andenken!

Dankagung.
Für die vielen Beweise
freundlicher Teilnahme aus-
Anlaß des Todes meines
lieben Mannes und meines
Vaters

Hermann Zietlow
sagen wir hiermit allen
Kollegen, besonders auch
den Vorgesetztenmitgliedern
unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
nebst Kindern.



1 Probemesser umsonst

geben jedem, der unsere Ware
noch nicht kennt und gewillt
ist, bei guter Lieferung von
uns zu kaufen. Senden Sie für
Unkosten, Porto etc. 35 Pfg.
pr. Postanweisung ein, so er-
halten Sie ein elegantes Pro-
bemaschmesser mit 2 prima
Klingen umsonst und frei. Zur
Verteilung an Freunde und
Bekante stehen Probemesser
in beliebiger Anzahl zu 35 Pfg.
pr. Stück zur Verfügung.

Unsern reichhaltigen Katalog
über Stahlwaren, Waffen, Werk-
zeuge, Leder-, Gold- und Musik-
waren etc. senden jedem auf
Wunsch gratis.

Saam & Co.,
Joche 232 h. Solingen.

Dem Kollegen
Julius Meyer
zu seinem 25 jährigen
Dienstjubiläum die herz-
lichsten Glückwünsche.
Der Hamburger Filial-
vorstand.

Filiale Berlin.
Dem Verbandskollegen
Adolf Köpping
zu seiner Silberhochzeit am
15. Juni nachträglich die
herzlichsten Glückwünsche!
Die Kollegen der Sektion III
(Wasserwerke).

Ihrem Verbandskollegen
Ernst Haferkorn und Frau
zur silbernen Hochzeit die
herzlichsten Glückwünsche.
Die Verbandskollegen
Leipzigs.

Filiale Berlin
des Verbandes der städtischen Arbeiter
Sektion IV • (Englische Gasanstalten)

Sonnabend, den 15. Juli 1905

Gr. Sommer-Fest

Im herrlich an der Spree gelegenen
Hasselwerder
bestehend in Sommernachts-Ball,
humoristischen Vorträgen, Gesangs-
vorträgen, unter Mitwirkung des
Gesangsvereins Nieder-Schöneweide
festrede

Um 7, 10 Uhr: Einholung der Groß-
hädler, Hirtvorfer und Schöneberger
3 Uhr morgens: Hr. Huber-Megatta
Die Kaffeeküche III von früh 3 Uhr an geöffnet
Anfang 8 Uhr

Herren 50 Pfg., Damen 30 Pfg.
Um zahlreichem Besuch bittet Das Komitee

Filiale Hamburg.

Donnerstag, den 20. Juli 1905, abends 8 1/2 Uhr in
der Lessinghalle, Gänsemarkt 35:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Anschluß einiger Mitglieder in Gemäßheit des § 3 Abs. a und c
der Statuten.
3. Das Hamburger Gewerkschaftsstatut und das Secretariat 1904.
4. Wahlen: a) halbjährige der Revisoren, b) eines Delegierten
für das Gewerkschaftsstatut.
5. Anträge des Vorstandes: a) Abänderung des Artikels 2 des Unter-
stützungs-Regulativs, b) Teilhabung der Beiträge zur Unter-
stützungs-Genossenschaft für den Hilfsbeamten der Filiale.
6. Verschiedenes. Der Vorstand.

Filiale Hamburg

Sonntag den 16. Juli 1905

:: Sommerfest ::
u. grosses Kindervergnügen
im Lokale **Mühlkamp** (Ludowid).

Aufstellung des Festzuges nachmittags 1 1/2 Uhr Ecke
Schwanenwül Radoburgerdamm. Komarsch 2 Uhr.
Eintrittskarte 30 Pf. (gültig für einen Herrn nebst Dame).
Kinder in Begleitung Erwachsener zahlen kein Eintrittsgeld.
Der Festausflug

Filiale Wiesbaden

Unter diesjähriges

Stiftungs-Fest

findet am 9. Juli dieses Jahres in der „Friedrichs-
halle“, Mainzlandstraße, unter gütiger Mitwirkung
des Arbeiter-Gesangsvereins „Bruderbund“, sowie
des Arbeiter-Mad'chervereins „Wanderlust“ statt.

Für Unterhaltung, Kinderpiele, Comödie, Scherz-
... polonaise usw. ist bestens Sorge getragen ...

Anfang nachmittags 3 Uhr • Eintritt 20 Pfg.,
wobei eine Dame frei, jede weitere Dame 10 Pfg.

Um zahlreichen Besuch bittet **Das Festkomitee.**

Verlag: In Vertretung des Verbands der in Gemeinde- und Staatsbetrieben Beschäftigten Arbeiter und Unter-Samen, von Franz Boeckh, Verantwortlicher
Redakteur: G. Dürger, beide Berlin W. 67, Dorothea-Pl. — Druck: Carlotta Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 99